



# Der Offizier

Der Offizier • Nr. 1/2007 • Zeitschrift der Österreichischen Offiziersgesellschaft

LOYALTÄT HEUTE:

TREU BIS IN

DEN

TOD?



*Offener Brief – offene Antworten • Miliz – Sein oder Nichtsein • Kolumne des Präsidenten • Loyalität heute – eine Wertvorstellung zwischen Gestern und Morgen • ÖOG-Info • Aus dem Regierungsprogramm der Österreichischen Bundesregierung • Androcheck*

# Jeder Euro ist hart verdient. Damit sein Wert stabil bleibt, heißt es: analysieren, vorausschauen, steuern.

**F**ür fundierte geldpolitische Entscheidungen benötigt das Eurosystem Informationen aus jedem Euroland. Die Oesterreichische Nationalbank trägt mit ihren Daten und Analysen dazu bei.

Die Oesterreichische Nationalbank beobachtet laufend, wie sich die Wirtschaft entwickelt und die Preise verändern. Sie analysiert die gewonnenen Informationen und erarbeitet gesamtwirtschaftliche Prognosen, zum Beispiel für Inflation und Wachstum. Zusätzlich erstellt die Oesterreichische Nationalbank eine Reihe von Statistiken, wie die Zahlungsbilanz oder die Geld- und Bankenstatistik. Diese Wirtschaftsdaten über Österreich liefern wichtige Informationen zu Preisen, den öffentlichen Finanzen und vielen anderen volkswirtschaftlichen Bereichen.

Gesicherte Daten und Analysen bilden die Basis für die Geldpolitik des Euro-

systems mit dem Ziel eines stabilen Euro und einer stabilen Kaufkraft. Sie kommen aber auch der Wirtschaftspolitik, der Bankenaufsicht und internationalen Organisationen zugute.

*Gut zu wissen, dass die Oesterreichische Nationalbank analysiert, vorausschaut und steuert. Aber wussten Sie auch, dass sich die OeNB darüber hinaus für einen stabilen Geldwert einsetzt, sich um sicheres Bargeld und sicheren Zahlungsverkehr kümmert und zur Stabilität der Finanzmärkte und des Bankwesens beiträgt? Mehr dazu finden Sie auf [www.oenb.at](http://www.oenb.at).*



OESTERREICHISCHE NATIONALBANK

Stabilität und Sicherheit.

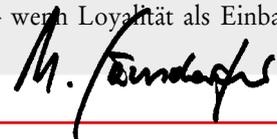
- 4 Offener Brief - offene Antworten**  
Der Präsident der Bundesvereinigung der Milizverbände hat sich mit einem offenen Brief an den neuen Verteidigungsminister gewandt und den einst den Wehrdienst verweigernden Minister auf einige Aspekte angesprochen
- 6 Miliz – Sein oder Nichtsein**  
Das ist spätestens 2008 die Frage. Und sie betrifft die militärische Landesverteidigung in ihrer Gesamtheit.
- 7 Die Kolumne des Präsidenten**
- 10 Loyalität heute**  
**Eine Wertvorstellung zwischen Gestern und Morgen**  
Loyalität ist aktuell.  
In den vergangenen Wochen war der Begriff nur allzu oft zu vernehmen. Im allgemeinen Sprachgebrauch stellt sie nach wie vor einen Wert im Sinne eines wertvollen Prinzips dar. Dennoch bleiben im Zusammenhang mit ihr manche Fragen offen.
- 24 ÖOG – Info**  
Presseaussendung der ÖOG anlässlich des Ministerwechsels  
  
Aus dem Regierungsprogramm der Österreichischen Bundesregierung
- 26 Androchek®**  
Kein Auszug aus dem Wiener Telefonbuch, sondern vielmehr ein Beitrag zur Gesundheit. „Vital und aktiv alt werden!“

Niemand bezweifelt die Richtigkeit der Bestellung der nun ja nicht mehr so neuen Bundesregierung. Im Zusammenhang mit einer ÖOG-Presseaussendung ob der Bestellung eines Mannes zum Verteidigungsminister, der einst den Wehrdienst verweigert hat und betont, sich heute wiederum so zu entscheiden, ist es vereinzelt zu Kritik gekommen. Von mangelndem Verantwortungsbewusstsein und Disziplinlosigkeit war vereinzelt zu hören. Zum „großen Los“, das da „gezogen“ wurde, haben dieselben Kritiker aus Gründen, die nur erahnt werden können, freilich geschwiegen.

Nun, wenn ein Minister seinen Untergebenen abverlangt, Gesundheit oder gar das Leben zu riskieren, wie es wohl der Eigenheit des Soldatenberufs entspricht, ist es für eine Organisation, die den Anspruch erhebt, sicherheitspolitisches Gewissen der Nation zu sein, wohl mehr als legitim, klare Worte einzufordern. Auch die Miliz, zu einem guten Teil auch in der ÖOG vertreten, hat dies getan. Wir veröffentlichen auf ausdrücklichen Wunsch des Ministers dessen Antwort auf den Brief des Präsidenten der Milizverbände und enthalten uns eines Kommentars, wiewohl es schwer fällt, zu schweigen, wenn sich der Minister selbst in die Nähe eines der heftigsten Befürworter des Irak-Krieges rückt. Und überdies: Cheney hat bekanntlich einst eine Resolution gegen Martin Luther King mitgetragen, weil sich dieser für seinen Geschmack zu sehr für die schwarze Minderheit eingesetzt hatte.

Noch im Dezember, also weit vor dem Ende der Verhandlungen um eine neue Bundesregierung, hat uns General Horst Pleiner, vormals Generalstabschef des Bundesheeres, einen Vortragstext zum Thema Loyalität zur Verfügung gestellt, der den Großteil dieser Ausgabe ausmacht. Jede Kürzung hätte uns Leid getan, denn durch den Regierungswechsel scheint der redaktionell nur leicht bearbeitete Vortragstext zusätzliche Aktualität erhalten zu haben.

Das besondere Treueverhältnis ihrer Mitglieder, das die ÖOG bereits vor Jahren im Zusammenhang mit der politischen Verantwortung des Offiziers thematisiert hat, erhält nicht nur durch das Faktum eines einst den Wehrdienst verweigernden Ministers zusätzliche Bedeutung. Paradigmenwandel, neue Einsatzmöglichkeiten des Bundesheeres jenseits der österreichischen Grenzen, aufkommendes Söldnertum, bevorstehender struktureller Wandel des Heeres, der zumindest den jungerwachsenen Wehrpflichtigen einen Impuls zurück zum „Etatismus“ gibt, das alles ist angetan, darüber nachzudenken, ob das „Treu bis in den Tod“ noch seine Gültigkeit hat. Vor allem dann, wenn das besondere Treueverhältnis nicht entsprechend honoriert wird. Und zumindest dann – bei allem Respekt vor dem politischen Primat – wenn Loyalität als Einbahn wahrgenommen wird.



## Der Offizier

### Impressum: Medieninhaber:

Österreichische Offiziersgesellschaft, Schwarzenbergplatz 1, A-1010 Wien

Herausgeber und Chefredakteur:

Obst dhmJd Mag. M. Gänsdorfer

### Mitarbeiter dieser Ausgabe:

Bgdr Dr. mont. W. Bittner; Bgdr Prof. A. F. Eber;

MjrA Dr. M. Eisenmenger; E. G. Dorfer; Dr. F. Palla;

Gen i.R.H. Pleiner; Hptm G. Wonisch;

Oberst aD Ing. V. Loacker

### Rechnungswesen, Rechts- und Steuerbelange:

Bgdr Dr. H. Heller; RA Dr. M. Frank; ObstltdIntD G. Langer

Hersteller: Ing. F. Feilhauer A-2620 Neunkirchen, Seebensteinerstraße 1

Fotos: Titelbild: TberMilAk; BMLV, HBF; MG

Namentlich gezeichnete Beiträge müssen sich nicht mit der Redaktionsmeinung decken.

Unaufgefordert eingesandte Beiträge bedeuten keine automatische Veröffentlichung.

### Offenlegung gemäß § 24 und § 25 Mediengesetz:

Die Zeitschrift „Der Offizier“ befindet sich zu 100% im Eigentum der Österreichischen Offiziersgesellschaft, A-1010 Wien, Schwarzenbergplatz 1.

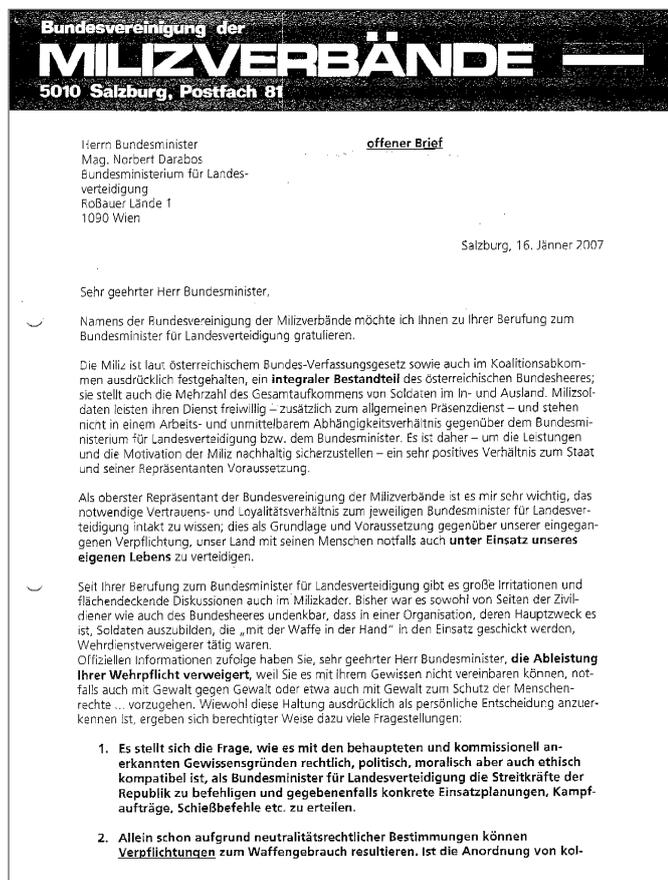
Die Richtung der überparteilichen Zeitschrift ist durch die Statuten der ÖOG bestimmt und bezweckt Information in Wort und Bild zu wehr-, verteidigungs- und sicherheitspolitischen Belangen.

Internet: [www.oog.at](http://www.oog.at) • e-mail: [deroffizier@oog.at](mailto:deroffizier@oog.at)

Zulassungsnummer: 027033917M

ZVR-Zabl: 795014511

# Offener Brief – 0



**Nach wie vor schreibt die Österreichische Bundesverfassung vor, dass das Österreichische Bundesheer nach den Grundsätzen der Miliz – also einem Aufbringungssystem, das von einer kurzen Primärausbildungszeit und einer entsprechenden Sekundärausbildungszeit geprägt wird - auszurichten ist. Im Zuge einer Verordnung wurde mittlerweile der Präsenzdienst auf sechs Monate begrenzt und soll nunmehr gar gesetzlich auf dieses Maß beschränkt werden. Dies bedeutet, dass die Zukunft der Miliz, ohne die angeblich „nichts geht“, und die Erfüllung des Verfassungsgebotes von der Freiwilligkeit junger Staatsbürger abhängen wird. Da sind Vorbilder gefragt, denen man nacheifern kann.**

Der Präsident der Bundesvereinigung der Milizverbände, Bgdr Dr. Michael Schaffer, hat sich mit einem offenen Brief an den neuen Verteidigungsminister gewandt und den einst den Wehrdienst verweigernden Minister auf einige Aspekte angesprochen, die nicht nur aus seiner Sicht angetan sind, in Zusammenhang mit einer möglichen beispielgebenden Wirkung, die von einem Politiker ausgehen kann, die Erfüllung des Verfassungsgebotes in Frage zu stellen. Schließlich braucht es in der Miliz viele Soldaten,

im besonderen Fall der geplanten Heeresstruktur vor allem Freiwillige.

Der Minister hat rasch geantwortet und dabei in seinem Schreiben ausdrücklich um die Herstellung von Öffentlichkeit ersucht.

**Nachstehend stellen wir die Fragen des offenen Briefes und die Antworten von BM Mag. Norbert Darabos (in Kursivschrift) gegenüber.**

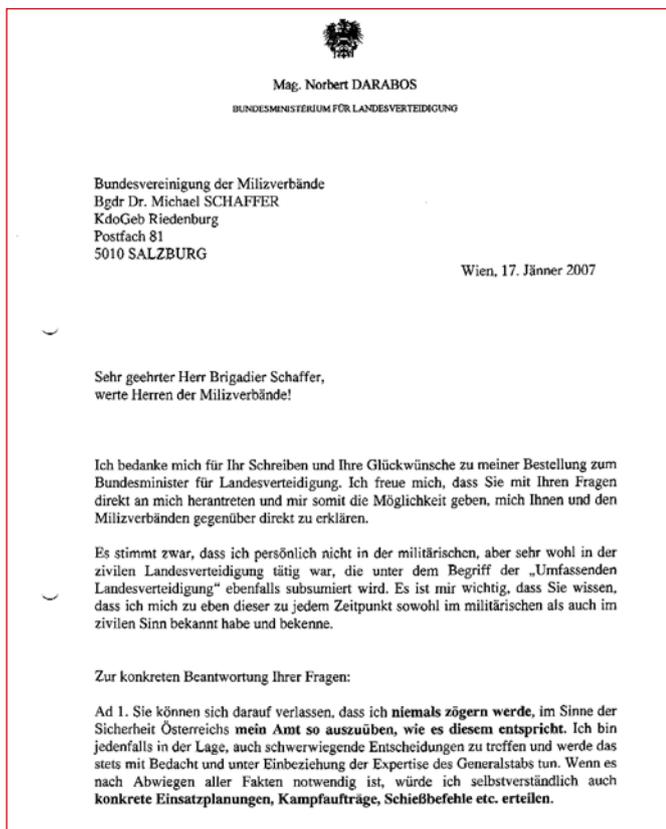
1. Es stellt sich die Frage, wie es mit den behaupteten und kommissionell anerkannten Gewissensgründen rechtlich, politisch, moralisch aber auch ethisch kompatibel ist, als Bundesminister für Landesverteidigung die Streitkräfte der Republik zu befehligen und gegebenenfalls konkrete Einsatzplanungen, Kampfaufträge, Schießbefehle etc. zu erteilen.

*Sie können sich darauf verlassen, dass ich niemals zögern werde, im Sinne der Sicherheit Österreichs mein Amt so auszuüben, wie es diesem entspricht. Ich bin jedenfalls in der Lage, auch schwerwiegende Entscheidungen zu treffen und werde das stets mit Bedacht und unter Einbeziehung der Expertise des Generalstabs tun. Wenn es nach Abwiegen aller Fakten notwendig ist, würde ich selbstverständlich auch konkrete Einsatzplanungen, Kampfaufträge, Schießbefehle etc. erteilen.*

2. Allein schon aufgrund neutralitätsrechtlicher Bestimmungen können Verpflichtungen zum Waffengebrauch resultieren. Ist die Anordnung von kollektivem Waffengebrauch ganzer militärischer Verbände vereinbar mit Ihren kommissionell anerkannten Gewissensnöten? Bekanntlich verantwortet der Auftraggeber und nicht der Schütze den Waffengebrauch!

*Als Bundesminister für Verteidigung sehe ich mich als für die Sicherheit des Landes maßgeblich verantwortliche Person. Insofern würde ich – siehe Antwort 1 – nicht zögern, wenn es den neutralitätsrechtlichen Bestimmungen entspricht, auch den kollektiven Waffengebrauch anzuordnen. Natürlich würde ich dafür auch die Verantwortung übernehmen. Dabei werde ich die von Ihnen angesprochene immerwährende Neutralität Österreichs stets im Blick haben. Sie ist ein zentrales Element der österreichischen Verteidigungs- und Friedenspolitik, weswegen mir auch die Betonung eines entsprechenden Bekenntnisses im Regierungsprogramm ein großes Anliegen war.*

# Offene Antworten



zeit 0,8 Prozent des BIP auf 1,0 Prozent des BIP an, um die Qualität der Ausrüstung des Bundesheeres zu optimieren.

5. Wichtigstes Führungselement jeder funktionierenden Unternehmenskultur in Wirtschaft, Politik, Verwaltung, Militär ist das Prinzip des guten Vorbildes. Wie lösen Sie diesen Zielkonflikt?

*Mir wurde von der Generalität und der Truppe ein offener und respektvoller Empfang zu meiner Amtseinführung zuteil. Ich habe das sehr zu schätzen gewusst und weiß es auch zu schätzen, dass ich als politischer Funktionsträger respektiert werde. Den Medien entnehme ich auch die Einschätzung hochrangiger Offiziere, die der Ansicht sind, dass es nicht der Wehrdienst sondern die politische Fachkompetenz ist, die für dieses Amt erforderlich ist. Genau diese wird mir u.a. auch vom Bundespräsidenten und meinem Amtsvorgänger zugesprochen. Ich freue mich, dass diese Einschätzung herrscht, die Akzeptanz entsprechend gegeben ist und ich demnach – so hoffe ich – auch Ihrer Meinung durch mein politisches Agieren ein Vorbild abgeben werde.*

3. Sind Sie aufgrund Ihrer schwerwiegenden Gewissensnöte ausreichend in der Lage, auch in emotional belastenden Situationen rational richtige Entscheidungen über das Leben anderer zu treffen?

*Ich bin jedenfalls in der Lage auch in schwierigen und extremen Situationen die richtigen Entscheidungen zu treffen. Selbstverständlich würde ich gegebenenfalls auf die Expertise des Generalstabs nicht verzichten. Ich verweise in diesem Zusammenhang noch einmal auf die Antworten 1 und 2.*

4. Kann sich die österreichische Bevölkerung auch unter Ihrer Ressortleitung darauf verlassen, dass weiterhin bestmöglich kampffähige Soldaten ausgebildet werden und diese auch im Sinn der Chancengleichheit entsprechende Ausrüstung, Bewaffnung, etc. erhalten?

*Ich kann Ihnen versichern, dass die Soldaten (und im Übrigen auch die Soldatinnen) weiterhin bestmöglich ausgerüstet werden. Das habe ich mit meinem Amtsvorgänger im Rahmen der Koalitionsverhandlungen auch im Regierungsprogramm festgehalten, das ich Ihnen gerne zur Durchsicht beilege. Insgesamt strebe ich eine Erhöhung des Budgets für Landesverteidigung von der-*

6. Es ist weltweit kein einziger ähnlicher Präzedenzfall bekannt. Wie gedenken Sie, mit diesem Glaubwürdigkeitsproblem Ihren EU-Verteidigungsministerkollegen und im internationalen Kontext entgegen zu treten?

*Ich bin weltweit nicht der einzige Verteidigungsminister, der keinen Dienst beim Heer abgeleistet hat. Ich verweise an dieser Stelle nur auf die ehemaligen Verteidigungsminister der größten Militärmacht der Welt, der USA, Richard B. Cheney und William Cohen, die ihrer Aufgabe ebenfalls nachgekommen sind, ohne jemals selbst im Militärdienst gestanden zu sein. Ich führe an dieser Stelle auch noch einmal mein uneingeschränktes Bekenntnis zur umfassenden Landesverteidigung an und verweise diesbezüglich auf meine bisherigen Antworten.*

7. Würden Sie auch heute noch den Wehrdienst verweigern?

*Ich habe damals eine persönliche Entscheidung getroffen, nicht ohne meinen Respekt vor den Aufgaben des Bundesheeres sowie vor jedem einzelnen Soldaten zu betonen und ein Bekenntnis zur umfassenden Landesverteidigung abzulegen. An dieser Einstellung hat sich nichts geändert.*

# Miliz – Sein oder nicht Sein

## Das ist spätestens 2008 die Frage. Und sie betrifft die militärische Landesverteidigung in ihrer Gesamtheit.

Von Bgdr Dr. mont. Werner Bittner, Vorsitzender der AG Miliz



Zur Zeit der Bundesheer-Reformkommission (BHRK) war sie schon weg, die Miliz. Der Begriff wurde lediglich irreführend für die Beorderung jener Einzelpersonen verwendet, die zur „Auffüllung“ präserter Verbände notwendig waren. Anderswo nennt man dies Reserve. Auch ihre Abkoppelung von regionalen Strukturen, den Militärkommanden, war geplant.

So gesehen sollte es ja direkt ein Erfolg sein, dass es sie in Form der 10 Landesbataillone, neun Pionereinheiten, Expertenstäben und den Militärkommanden noch gibt. Leider ist der Erfolg jedoch nur vordergründig, denn trotz mancher finanzieller Verbesserung sind die alten Rahmenbedingungen einem längeren Erhalt oder gar einem zukunftsorientierten Ausbau des in der Verfassung gebotenen Prinzips abträglich. Man darf sich in diesem Punkt durch das Engagement mancher Militärkommanden und vieler denkenden Kameraden nicht täuschen lassen. Denn immer noch warten Berufsheerbefürworter hoffnungsvoll auf das Ausbluten der noch bestehenden Miliz durch „Trostreicheln“ – getan wurde und wird hierzu genug.

Begonnen hat dies mit der nicht durchdachten völligen Abschaffung der Truppenübungen. Die Miliz wurde seit 2004 ohne klare Botschaften gelassen, außer jener, dass sie wegen des Entfalls der Inlandsaufgaben nicht mehr gebraucht würde. Selbst sensibelste Bereiche, wie jener der Militärärzte, wurden nicht berücksichtigt, obwohl gerade deren Wiederbeschaffung viele Jahre dauert.

Die Einführung von „6 + 0“ vor

dem Ende des Sicherungseinsatzes – klar entgegen dem Rat der BHRK – zeigt ihre faulen Früchte. Dafür werden Fragebögen verteilt, meist ohne Einfühlungsvermögen und ohne echte, motivierende Information. Teilweise kommt es zur raschesten „Entsorgung/Entlassung“ der „obsoleten Miliz“. Begleitet von den jahrzehntelang bekannten „beleidigenden“ Formularen. Von Dank, Diplomen oder gar Medaillen keine Spur.

Vereinzelte gibt es gar Wieder-einkleidungen und Wieder-einberufungen mit dem Zusatz „Ätsch – sie müssen ja doch noch!“ Dabei handelt es sich zumeist um Kaderübungen, die meist wenig ambitioniert und mit wenig Herzblut organisiert werden. Übungsmöglichkeiten mit Volltruppe, wie sie zur Ausbildung und zum Erlangen der Führungsfähigkeit, zur Motivation und zum notwendigen Selbstverständnis notwendig wären, fehlen. Es gibt keine oder zumindest nicht ausreichend breite Information oder gar Werbung zum Engagement in der Miliz, ja sogar die Vorbereitende Kaderausbildung wurde als „zielorientierte Nachwuchspflege“ weitgehend ausgesetzt. Die Einjährigfreiwilligenkontingente wurden reduziert, anstatt sie als „billigste Ausbildung zur Führungskraft“ offensiv zu propagieren.

Und das Milizumfeld der Zukunft in den Führungsetagen von Wirtschaft und Verwaltung vorzubereiten. Die vermutliche Zerstörung oder ein „Gerade-noch-Erhalt“ mob-betreuender Strukturen, welche die Miliz zur Beratung und nachhaltiger Strukturierung braucht, runden die Maßnahmen, die lange nicht alle aufgezählt sind, ab.

Derzeit gibt es die Miliz nur noch aus den Resten der bestehenden Verpflichtungen der einst starken Organisation. Diese reichen jedoch nicht mehr lange. Und was kommt dann? Mit der Freiwilligkeit allein wird es nicht gehen, denn zu viele wurden frustriert und haben resigniert.

Nun wird es aber sehr eng und „draußen“ bei der leidenden Truppe, die immer noch Wunder wirkt, weiß man das schon lange! Selbst geistig Unterbemittelte haben mittlerweile kapiert, dass ein die Inlands- und Auslandsaufgaben bedarfsdeckendes Berufsheer weder finanziell noch personell realisierbar erscheint. Von den in vielen Ländern zu beobachtenden fürchterlichen gesellschaftspolitischen und sozialen Auswirkungen gar nicht zu reden.

Es ist evident, dass Akzeptanz und Verankerung des gesamten Heeres nur von der permanenten, jederzeitigen, vollständigen und nachhaltigen Erfüllung der Inlandsaufgaben getragen wird. Für Umweltereignisse, wie die Flut im Kamptal, waren einst 12.000 Soldaten eingesetzt. Kräfte in dieser Stärke haben wir bei weitem nicht mehr! Der Bundesminister muss sich daher für größere Ereignisse oder für den zeitlichen Zusammenfall mehrerer kleiner sofort eine weiße Fahne in die Schreibtischlade legen, auch wenn von manchen vollmundig „keine Probleme, alles im Griff“ verkündigt wird.

Wenn man einmal die eigenen, politisch motivierten Unwahrheiten und Schönfärbereien glaubt, sind die fürchterliche Blamage und das Ende nicht mehr weit. Dann wird es nicht

nur die ersten politischen Leichen geben, sondern die Bevölkerung wird mit Recht nach Sinn und Nutzen des Heeres fragen. Dieses wird dann nicht nur ohne Akzeptanz, sondern vollends pleite sein. Die noch existierenden Verbände und Einheiten der strukturierten Miliz, die noch existierenden Feldambulanzen (wenn auch elendig ausgerüstet) sind die vorerst nur theoretisch verbleibende Rettung für größere Notfälle.

**M**ilizsoldaten haben bei Krisen in Notfällen (CSSR, YU) ihre Urlaube abgebrochen, um zur Verfügung zu sein. Bei Naturkatastrophen oder Sicherheitseinsätzen ist dies für den österreichischen Milizsoldaten noch selbstverständlicher, man kann mit ihm rechnen. Es sind bloß nur noch wenige Tausende, aber sie haben tatsächlich die in Sonntagsreden oft zu hörende Bedeutung. Ihnen ist wieder das notwendige Selbstwertgefühl zu geben, das nur durch Auftrag, Verwendung/Aufbietung und entgegengebrachter Achtung und Wertschätzung entstehen kann. Was ist daher zu tun?

**D**ie Träger der Miliz – ob als Kommandanten oder im Milizumfeld – sowie die heeresnahen Organisationen müssen ihre Unterstützung und die Schaffung der notwendigen Voraussetzungen dringend, dramatisch und selbstbewusst einfordern. Die potenziellen Bedarfsträger für Schutz und Hilfe müssen die ungeschminkte Wahrheit erfahren, dadurch aufwachen und auch aktiv werden. Jetzt, sofort, denn in spätestens drei Jahren ist es zu spät, denn eine „Reanimierung“ der Miliz wird dann mangels Nährbodens und verlorenem Umfeld nicht mehr möglich sein. Selbst das „Mittragen“ von Auslandsaufgaben durch Freiwillige aus der Miliz hat dann sein Ende. Der Bundesminister hat jetzt nur mehr sehr wenig Zeit, durch notwendige Gegenmaßnahmen zu reagieren oder der definitive Zusammenbruch unseres Heeres erfolgt noch in dieser Legislaturperiode! ✂



## KOLUMNE DES PRÄSIDENTEN

Der bekannte Liedersänger Reinhard Mey, für seine bissigen Politpersiflagen bestens bekannt, schließt die Einleitung zu seinem neuesten Lied (Narrenschiff) mit der Aussicht: „Es kommt großes Kino auf uns zu.“ Treffender kann man die Situation nicht beschreiben. Der Eurofighter-Untersuchungsausschuss bringt jeden Tag neue Facetten, und es scheint keine Unschuldigen zu geben. Dies nicht im rechtlichen Sinne, sondern im Sinne einer laufenden Skandalisierung staatspolitisch unbedeutender Nebensächlichkeiten bis zum medialen Machtkampf unter Führung des Kleinformats der Republik und einer verwunderlichen Koalition im Untersuchungsausschuss.

Wir, als sicherheitspolitisches Gewissen dieses Landes, haben Kurs gehalten und via Internet sachliche Informationen an das wirklich interessierte Publikum abgeliefert. Mich wundert eigentlich nur, warum ich nicht selbst aussagen muss, da wir ja auch Anzeigenempfänger sind. Zumindest scheint dieses Engagement in Ordnung zu sein.

Die Bestellung des neuen Verteidigungsministers hat naturgemäß in der ohnedies politisch aufgeheizten Stimmung für weitere Emotionen gesorgt. Um vor allem Interviews von Medien von vornherein zu kanalisieren - bei Interviews kann man allen das Gleiche sagen und doch unterschiedlich interpretiert werden - habe ich mich für eine sofortige Presseaussendung entschieden (siehe ÖOG-Info Seite 24). Ausgangspunkt war das nicht sehr glückliche ZiB 2 Interview von Bundesminister

Darabos. Wir haben in klarer und balancierter Form eine Klarstellung erbeten, die dann in dem weiteren Statement, auch bei der Übernahme des Amtes selbst (bei der ich anwesend war) erfolgt ist.

Grundsätzlich wollen wir den Herrn Bundesminister nach seinen Taten und Werken beurteilen. Seine Ankündigung, das Bundesheerbudget auf 1% vom BIP erhöhen zu wollen, hat mich in freudige Erregung versetzt. Die Österreichische Offiziersgesellschaft fordert dies seit urdenklichen Zeiten. Kein Bundesminister hat es bis heute durchgesetzt. Wir werden sehen. Loyalität ist selbstverständlich, ein Kotau aber entbehrlich. Und Loyalität ist keine Einbahnstraße, das hat aber auch Minister Darabos mittlerweile klargelegt.

Meine Zeit als Präsident der ÖOG nähert sich dem Ende. Damit auch die großen Sorgen um die finanzielle Bedeckung unserer Arbeit. Ohne das Engagement von Ehrenpräsident Malzacher, Dr. Palla, Oberst Loacker und mir selbst, sowie die Unterstützung durch das Ressort, hätten wir eine Reihe von Aktivitäten nicht durchführen können. Ich hoffe, dass es gelingt, als Präsidenten eine Persönlichkeit gewinnen zu können, die diese Problemstellung auch in Hinkunft bewältigt.

In diesem Sinne bin ich mit kameradschaftliche Grüßen

Ihr

A. F. EBER

# Loyalität

## Eine Wertvorstellung zwis

Horst Pleiner,

**Loyalität scheint aktuell zu sein. In den vergangenen Wochen war der Begriff nur allzu oft zu vernehmen. Im allgemeinen Sprachgebrauch stellt sie nach wie vor einen Wert im Sinne eines wertvollen Prinzips dar. Dennoch bleiben im Zusammenhang mit ihr manche Fragen offen, besonders dann, wenn in der sprachgebräuchlichen Verwendung eine gewisse missbräuchliche Handhabung derselben erkennbar wurde und wird. Es sei gestattet, für einen vorwiegend militärisch orientierten bestimmten Kreis von Lesern dieses Thema auch mit militärischen Wertvorstellungen in Verbindung zu bringen und auch jene Facetten zumindest ansatzweise zu beleuchten, die sich aus der Rolle des Soldaten der allgemeinen Wehrpflicht als Staatsbürger und des Berufsoffiziers als Beamter dieser demokratischen Republik Österreich in diesem Zusammenhang aufdrängen.**

Was bedeutet nun eigentlich loyal zu sein und damit auch die Loyalität? Loyal zu sein bedeutet grundsätzlich, sich wahrhaft und standfest zu einer bestimmten Haltung, einem Dienst oder einer Verpflichtung zu bekennen und nach diesem Grundsatz zu handeln. Loyalität wird also gegenüber einer Person, einer Idee aber auch gegenüber einem Souverän wahrgenommen, gleichgültig, ob es sich dabei um einen anerkannten Führer, einen gekrönten Landesfürsten, die gewählte Regierung eines Landes oder das oftmals zitierte „Volk“ als Souverän handelt. Loyalität wird meist auf Gegenseitigkeit ausgeübt,

sie wird in beide Richtungen eingefordert und beinhaltet daher auch für diejenigen, die sich loyal zu verhalten haben, eine Bindung oder gar eine Verpflichtung bzw. einen zu leistenden Dienst. Für denjenigen, dem diese Loyalität gilt, bedeutet das die Verpflichtung, sich um diese Gefolgschaft im wahrsten Sinne des Wortes zu „kümmern“, für Leib und Leben zu sorgen und diese loyale Haltung und den damit verbundenen Einsatz bis hin zum Einsatz des Lebens auch entsprechend anzuerkennen.

Zweifellos bildet diese solcherart verstandene Loyalität im militärisch-professionellen Bereich einen Kerninhalt der Wertvorstellungen und hat gerade hier in Österreich durch den mit dem Wortlaut des „Treu bis in den Tod“ geleisteten Schwures der frisch auszumusternden Leutnante an der Theresianischen Militärakademie einen besonderen Bezug. Dieser Schwur ist eine Besonderheit, weil er einerseits derzeit ja in dieser Form nur von den angehenden Berufsoffizieren am Abend des Ausmusterungstages geleistet wird und andererseits eine unmittelbare Verbindung zur 252jährigen Tradition der Militärakademie und damit zu den Offizieren der k.k. und k.u.k. Armee, aber auch jenen des ersten Bundesheeres vor 1938 herstellt. Solcherart wird auch heute noch das Bekenntnis zu unverbrüchlicher loyaler Haltung abgelegt und dies darf zum Ausgangspunkt für eine eingehende Betrachtung des Komplexes



FOTOS: THERMILAK

von Gefolgschaft, Treueverhältnis, Verpflichtung und Eid genommen werden.

### Fragen zur Treueverpflichtung

Die erste Frage, die sich heutzutage dazu stellt, ergibt, sich aus der erstaunlichen Gegebenheit, dass dieser Schwur zwar von den Berufsoffizieren bei der Ausmusterung, nicht aber bei dem üblicherweise darauffolgenden Tag der Übernahme der Leutnante in die Armee - offenbar also eine andere Dimension als die Ausmusterung der Berufsoffiziere - von den Offizieren der Miliz geleistet wird. Bei diesem Anlass

# it heute

## chen Gestern und Morgen

General i. R.



wird jedoch das bekannte Gelöbnis mit der Verpflichtung abgelegt, dem Volke zu dienen usw. Ein Gelöbnis wie es grundsätzlich ja auch vom zivilen Beamten und Staatsdiener eingefordert und von diesem auch unterfertigt wird, um dessen Loyalität zu unserer Republik, deren Gesetzen und den vom Volke gewählten Repräsentanten und den von diesen eben bestellten Vorgesetzten zu begründen und nach außen gleichsam rituell zu bekräftigen. Aber dieser genannte Personenkreis und damit indirekt auch die Offiziere der Miliz verpflichten sich nicht *expressis verbis* zur „Treue bis in den Tod“. Nun mag dies als eine semantische Haarspalterei ausgelegt werden, wenn

hier die provokante Frage nach einer allfälligen tieferen Bedeutung dieses kleinen Unterschiedes gestellt wird, ob denn damit bewusst - von wem auch immer - im Hintergrund offen gelassen bleiben sollte, dass der Offizier der Miliz im Bedarfsfall eben doch nicht zur Treue bis in den Tod verpflichtet sei?

Eine solche Überlegung hatte in jenen Jahrzehnten, da der militärische Einsatz zum Schutze und zur Verteidigung unseres Vaterlandes innerhalb der Grenzen dieser Republik Österreich hätte erfolgen müssen, natürlich keinen Platz im Denken der Betroffenen. Man war eben selbstverständlich zum höchsten Einsatz für das Vaterland und das Volk bereit und die allgemeine Wehrpflicht beinhaltete - zumindest theoretisch - für jeden männlichen Staatsbürger innerhalb bestimmter Altersgrenzen die gleiche Verpflichtung und damit das gleiche persönliche Risiko. Da ging es um die Verteidigung der Neutralität, um Abwehr eines potenziellen Aggressors, um Gewährleistung von Sicherheit für Staat und Bevölkerung und damit verständliche - wenn auch nicht immer sonderlich geliebte - militärische und politische Ziele.

Aber nunmehr haben sich diese Akzente verschoben. Die Frage der Neutralität wird aus wahltaktischen Gründen und innenpolitischer Bequemlichkeit sowie in Vermeidung intellektueller Herausforderungen *de facto* nicht mehr näher abgehandelt, man findet es ausreichend, sich

dazu „bekannt“ und die Neutralität auf reichlich verschwommene Inhalte und Prinzipien reduziert zu haben. Man hat ja auch keinen erkennbaren potenziellen Aggressor - zumindest im herkömmlichen Sinne - als Bedrohung von Sicherheit, Wohlstand und Souveränität. Damit verlagert sich - wie den Empfehlungen der Bundesheer-Reformkommission unter dem Vorsitz von Dr. Helmut Zilk zu entnehmen ist - die Priorität der Aufgaben des Bundesheeres auf die multinationale Mitwirkung und internationale Einsätze. Passagen mit Hinweis auf eigentliche militärische Aufgaben im Inneren des Landes dürfen getrost als Lippenbekenntnisse und Versuche der Beruhigung kritischer Stimmen und strategischer Visionäre gewertet werden, die klare Aussage zur Notwendigkeit der militärischen Verteidigung im eigenen Land wird - möglicherweise mittelfristig auf Grund der militärstrategischen Lage auch zu Recht - vermieden und durch Nebensächlichkeiten ersetzt. Die Hilfeleistung der Soldaten bei Hochwasser, übermäßigem Schneefall oder Waldbränden als zentrales Argument für die Aufrechterhaltung der allgemeinen Wehrpflicht auch im Falle eines Wegfalles der Grenzüberwachung zu verwenden - wie den Medien nach einer Aussage des derzeitigen Bundesministers Platter am 05. Dezember 2006 (*Anm. d. Red.: Der Beitrag wurde noch vor dem Regierungswechsel erstellt*) zu entnehmen war - oder sich damit der Verpflichtung zu entziehen, Überlegungen für den Ersatz des



FOTO: HBF

ja doch reichlich kostensparenden Zivildienstes anstellen zu müssen, zeigt jedenfalls einen tief verwurzelten Glauben in die Gutmütigkeit der Betroffenen und das Desinteresse des Steuerzahlers an der Verwendung seiner Steuergelder.

Es zeigt sich damit aber ein Wertewandel in den Anforderungen und für die Grundhaltung des Soldaten. Man dient und hilft der Bevölkerung zweifellos freudig, aber muss man dazu eine militärische Schießausbildung, umfangreiche Kenntnisse im Allgemeinen Gefechtsdienst oder in anderen spezifisch militärischen Fähigkeiten aufweisen? Und sollten die 10 neuen regionalen Milizbataillone einmal tatsächlich herangezogen werden, um im Inland zum Schutze der Bevölkerung gegen asymmetrische Bedrohungen und sonstige Bösewichte tätig zu werden, so wird es sich dabei nur um Einsätze zur Assistenz der zivilen Behörden handeln können. Eine „eigenständige“ militärische Terroristenjagd ist unvorstellbar und, das darf auch klar gesagt werden, ist auch nicht machbar! Und schon gar nicht mit Milizbataillonen, die als solche vorher nie in voller Stärke unter Einbeziehung der gesamten Mannschaftsebene geübt haben! Für den Ersatz militärischer Katastrophenhilfe und des Zivildienstes bieten sich bei conse-

quenter Bereitschaft zu innovativen Regelungen jedenfalls kostengünstigere Lösungen an als die militärische Ausbildung von jährlich rund 30.000 Wehrpflichtigen über sechs Monate.

In diesem Zusammenhang betone ich meine eindeutige Meinung zur Beibehaltung einer allgemeinen Wehrpflicht, für die ich eine Vielzahl von stichhaltigen Begründungen anerkenne, aber auch unter diesem Gesichtspunkt gilt es über Wertvorstellungen, Sinngehalt und Loyalität in der Zukunft nachzudenken.

Vor wenigen Wochen war einem Kommentar in einem anerkannten Printmedium zu entnehmen, dass die allgemeine Wehrpflicht und ein darauf aufgebautes Bundesheer wohl Garant seien, dass sich ein Einsatz nach Art des Jahres 1934 nicht mehr wiederholen könne. Immerhin hat der Verfasser darauf hingewiesen, dass sich der damalige Einsatz ja im Februar gegen die Formationen der Sozialdemokratie und im Juli gegen jene der Nationalsozialisten gerichtet habe. Diese Aussage beinhaltet jedoch unausgesprochen einen Hinweis auf eine offenbar flexible Loyalität eines Heeres der allgemeinen Wehrpflicht? Natürlich ist es klar, dass vom Soldaten Befehle nicht zu befolgen sind,

die gegen das Strafrecht verstoßen. Aber kann der einzelne Soldat oder der jeweilige Vorgesetzte der unteren Führung auch immer erkennen, dass der Befehl einen solchen Tatbestand begründet oder gar von einem unzuständigen Organ erteilt wurde? Und was heißt unter gewissen Umständen dann auch „unzuständig“? Wie bestimmend wird in solcher Lage allenfalls die politische Ausrichtung von Offizieren und Soldaten? Man hat ja den Verzicht auf einen Einsatz des Bundesheeres im Jahre 1938 unter anderem mit der Feststellung begründet, die Haltung der Offiziere sei ungewiss und bei vielen dem Nationalsozialistischen Soldatenring angehörenden Offizieren sei die Befolgung entsprechender Befehle nicht zu erwarten gewesen. Dies ist keineswegs als erwiesen anzusehen, denn dieser letzte Beweis an Loyalität wurde in der kritischen Lage des März 1938 eben nicht mehr eingefordert, und damit sind die späteren Aussagen zu dieser Frage wohl nur als intellektuelle Spekulation einzustufen.

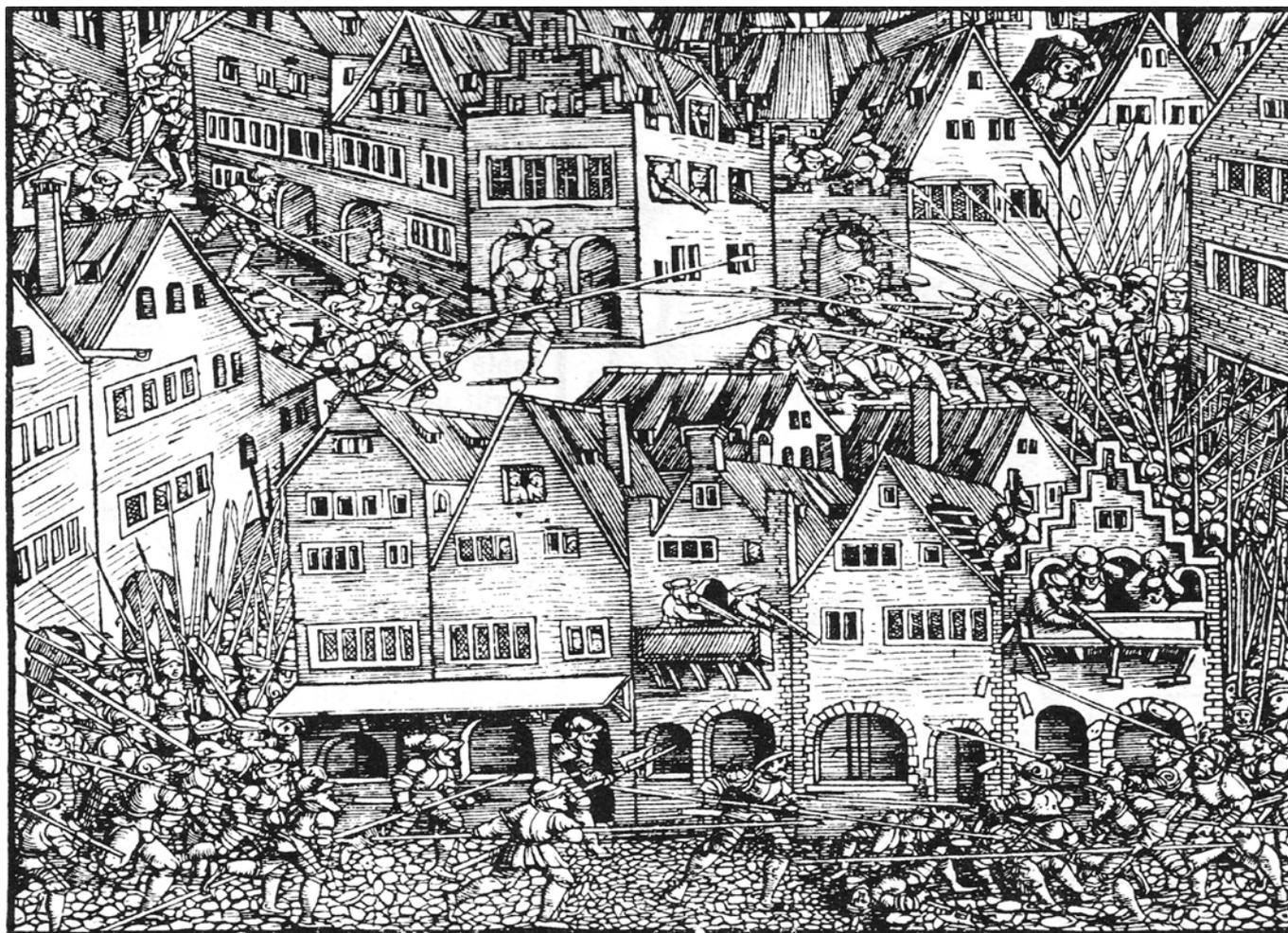
## Geschichtlicher Rückblick

Im geschichtlichen Rückblick zeigt sich bewusste Loyalität – im Gegensatz zur erzwungenen und als gegeben anerkannten Unterwerfung - bereits in den griechischen Stadtstaaten, in der römischen Republik und den Stammesverbänden der Antike. Im Mittelalter wurde Loyalität von den Herren und Herrschern eingefordert und je nach Zugehörigkeit zu bestimmten sozialen Schichten auch entsprechend geleistet. Lehen und erteilte Privilegien begründeten Verpflichtungen zum Dienst, zur Gefolgschaft, zur Treue auf der einen Seite und zur Führung und zur Für- und Obsorge auf der anderen Seite. Dazu gehörte auch der Kriegsdienst. Der Ritter hatte sich mit einer entsprechenden Anzahl von Fußkämpfern und Knechten dem Oberherren zur Verfügung

zu stellen, und im Bedarfsfall waren von jedem dreißigsten, zehnten, fünften oder gar dritten Hof jeweils ein Bewaffneter für das Aufgebot abzustellen. Dafür aber wurde auch erfolgreiche Führung eingefordert und tatsächliche (oder vermeintliche) Unfähigkeit, den gewünsch-

herrn samt ihrer jeweiligen Armee sich plötzlich für neutral erklärten, durch Passivität Zusatzzahlungen erzwangen oder gar auf die Seite des früheren Gegners überliefen. Noch im Dreißigjährigen Krieg finden sich diese Erscheinungen. Misstrauen gegenüber den Feldherren war

Fürsten oder Herrschers. Im napoleonischen Zeitalter entwickelte sich dann eine in den folgenden 100 Jahren progressiv dominante nationalistische Komponente und damit auch eine Verknüpfung der geleisteten Loyalität nicht nur mit dem Herrscherhaus und der Person des Mon-



Landsknechte erstürmen eine Stadt

ten Schutz zu bieten, hatten oftmals passiven Widerstand oder gar offene Auflehnung zur Folge.

**D**aneben entstanden die Söldnertruppen und Landsknechtsheere, die jeweils nur ihrem unmittelbaren Soldgeber und Feldherrn die Treue gelobten. Doch wenn dieser glücklos blieb oder von anderer Seite höhere Belohnung in Aussicht stand, wurde auch bedenkenlos die Fahne gewechselt, und selbst in kritischen Lagen war es nicht ungewöhnlich, dass Feld-

daher nicht nur angezeigt, sondern auch eine geradezu lebensnotwendige Tugend und ein Zeichen politischer Klugheit. Aus dieser Situation heraus entstanden im 17. Jahrhundert dann Formationen permanent im Dienst stehender Soldaten. Der damit verbundene finanzielle und sonstige Aufwand ließ sich nur von vermögenden Fürsten- und Herrscherhäusern bestreiten. Diese „stehenden“ Truppenteile und deren Offiziere entwickelten nunmehr ein dynastisch bestimmtes Treueverhältnis fokussiert in der Person des

archen, sondern auch mit dem Volk, der Nation, der nationalen Idee. Mit dem Wegfall des Herrschers und der jeweiligen Dynastie übertrug sich die Treue und Gefolgschaft auf den Staat und allenfalls die durch den Staat symbolisierte Ideologie. Unser heutiges Verständnis von Loyalität begründet sich auf diesen Aspekt.

Religiöse Ideen und politisch-gesellschaftliche Ideologien fanden treue und loyale Anhänger in unverbrüchlicher Gefolgschaft, wobei für die erwiesene Treue, die ja auch

in Form der Lebensführung nach religiösen Werten und kirchlichen oder sekteneigenen Regeln geleistet wurde, eine ideelle Belohnung in Aussicht gestellt wird. So konnten für die Treue zur Religion eben als metaphysische Aspekte, wie das ewige Leben oder Formen besonderer Behandlung im Jenseits erwartet werden. Für die Gefolgschaft zur Idee des Marxismus und des Kommunismus wurde – realitätsnäher – das Paradies bereits im Diesseits als Ergebnis der Loyalität in Aussicht gestellt.

## Das 20. Jahrhundert

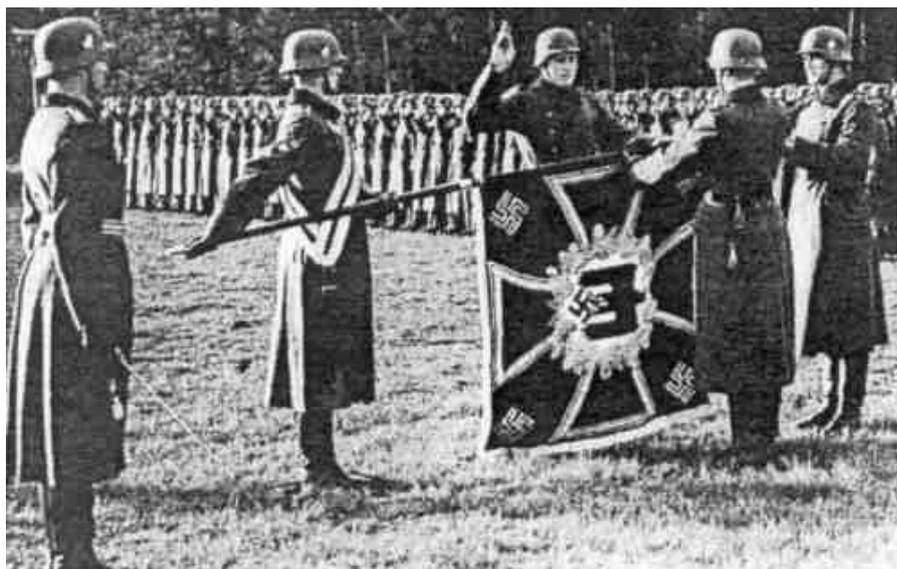
Loyalität und Eid gewannen für den Offizier im 20. Jahrhundert in Österreich einen besonderen Stellenwert. Bis 1914 als Sinnbild der besonderen Stellung der Offiziere als Stützen des Herrscherhauses, zwischen 1914 und 1918 zunächst als Voraussetzung für den Opfermut und die Hingabe an die Idee des Kaiserreiches und schließlich mit dem Aufkommen nationalistischer Separationstendenzen als oftmals quälendes Gewissensproblem. Nach 1918 blieb eine rückschauende Verklärung und die Übertragung der geforderten Loyalität auf die junge Republik und deren demokratische Staatsform, zunehmend aufgeweicht durch parteipolitische und damit ideologische Differenzen in den Grundauffassungen zu Staat, Gesellschaft und auch Kirche. Am Ende dieses Prozesses stand eine in sich zerrissene Gesellschaft, die mit einer letztlich autoritären Zentralisierung den Versuch unternahm, eine gewisse einheitliche Ausrichtung herbeizuführen. Letztlich kam es in den Märztagen des Jahres 1938 jedoch zu deren Scheitern.

In der deutschen Wehrmacht wurde der Eid auf den Führer geleistet. Damit wurde symbolisch der Person der Status des Herrschers der Zeit vor 1914 zugeordnet, was

in den folgenden Jahren die persönlichen und intellektuellen Probleme mancher Offiziere, die innerlich zum Widerstand gegen diesen Führer und dessen Regime bereit waren, mit diesem Eid zur Folge hatte. Für die meisten Beteiligten des 20. Juli 1944 war diese innere Überwindung des Eides ein erheblicher Gewissenskonflikt, für viele mit einem Widerstand sympathisierende Offiziere letztlich doch eine nicht überstiegbare Barriere.

Man darf in der heutigen Betrachtung dieser Zweifel und Gewissensprobleme nicht unterschätzen, dass faktisch alle hochrangigen Offiziere der Deutschen Wehrmacht des Zweiten Weltkrieges ihre Offizierslaufbahn im Kaiserreich oder in der Donaumonarchie begonnen hatten und daher durch das damalige Eidesverständnis ihrer Jugend geprägt und innerlich gebunden waren. Der gedankliche Schritt von der im beschworenen Eid daher bewusst/unbewusst wahrgenommenen Unantastbarkeit des Führers zur Option des Widerstandes oder gar der Beseitigung erwies sich daher als außerordentlich belastend und mag heute aus der gegenwärtigen Distanz nur mehr

schwer zu fassen sein. Darüber hinaus gab es ja einen weiteren, oftmals wenig hervorgehobenen Aspekt. Für die höchsten Ränge der deutschen Wehrmacht gab es im allgemeinen bis in die letzten Tage des Jahres 1945 ein gewisses – heute oftmals kritisiertes und als unverständlich wahrgenommenes – Vertrauen in das strategische Können Hitlers, das sozusagen mit dem Begriff des Genies umschrieben wurde. Man erwartete von Hitler eine Einsicht in die höchsten politischen und damit verbundenen militärstrategischen Zusammenhänge und erwartete von ihm auch – unverhoffte – Lösungen der sehr wohl gesehenen Probleme. Dies erklärt sich aus der Tatsache, dass alle diese höchsten Offiziere bis einschließlich Guderian – und der war ja einer der jüngsten dieser Gruppe – ihre Generalstabsausbildung noch zu „Kaisers Zeiten“ absolviert hatten und dabei mit Fragen der Politik und Strategie nie wirklich befasst worden waren. Sie waren operativ bestens geschult, aber darüber hinaus vertraute man eben auf eine nicht mehr näher greifbare Vorkehrung ... so wie man eben im herannahenden Zusammenbruch der deutschen Westfront im September 1918 von oberster militärischer Seite



„Ich schwöre bei Gott den heiligen Eid, dass ich dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, dem Oberbefehlshaber der Wehrmacht, unbedingten Gehorsam leisten und als tapferer Soldat bereit sein will, jederzeit für diesen Eid mein Leben einzusetzen.“

her dann auf einmal die Lösung des entstandenen Problems von der zivilen Politik und der damit verbundenen Diplomatie erwartete.

**D**amit hatte man sich der Grundsatzfrage genähert, unter welchen Voraussetzungen eben eine Aufkündigung von Treue und Gefolgschaft und ein Zuwiderhandeln gegenüber dem beschworenen Eid erfolgen kann und gefordert werden sollte. Allgemeine Feststellungen, vor allem aus der wissenden Rückschau, gibt es dazu unzählige. Wirklich nutzbringende und hilfreiche Richtlinien sind im Gegensatz dazu sehr, sehr selten, und in Wahrheit ist es der persönlichen Befindlichkeit und damit auch dem Gewissen des Einzelnen überlassen, entsprechende Entscheidungen zu treffen. Da spielen Fragen des Charakters, der Stärke der Persönlichkeit, aber auch des denkbaren Vorteils oder der erwartbaren Nachteile die entscheidende Rolle - und natürlich auch die oftmals beschworenen „Umstände“. Nicht von ungefähr liegt der 20. Juli 1944 erst nach dem 06. Juni 1944, also einem Datum, ab dem sich für die Zweifler und „Zögerer“ nunmehr sichtbar erwarten ließ, dass der Krieg nicht mehr siegreich zu beenden war. Solange es mit militärischen Erfolgen „vorwärts“ ging, gab es zwar in manchen Kreisen Bedenken gegen Hitlers Politik und Haltung, aber der eigentliche Widerstand kam doch vor allem aus kirchlichen Kreisen, den zivilen Intellektuellen und einem Teil des konservativen Adels.

**W**as bedeuten aber derartige Aspekte für das Militär in einer demokratischen Gesellschaft, wie haben sich die damit verbundenen Wertvorstellungen erhalten oder gewandelt, und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Angehörigen von Streitkräften, für die Offiziere in verschiedenen Führungsebenen, für die zivilen Gewaltenträger und letztlich die

gesamte Gesellschaft? In der Beantwortung dieser Fragen soll die Betrachtung auf die Republik Österreich und deren Bundesheer nach 1955 ausgerichtet werden, wobei es jedoch unabdingbar ist, diese Fragen auch in einem erweiterten Rahmen zu beleuchten.

## 2. Republik

Der Berufsoffizier des österreichischen Bundesheeres ist seit 1955 ein Beamter, also ein Diener des Staates. Die Grundlage hierzu ist eines – für alle vom Staat eingestellten Beamten geltendes – allgemeines Dienstrecht. Der Offizier, ob nun Miliz- oder Berufsoffizier, sah sich einem Einsatz für die Allgemeinheit verpflichtet, der auch das Risiko des eigenen Todes beinhalten konnte. Daraus ergibt sich für alle Dienstgrade eine besondere Qualität des Dienstes und eine damit verbundenen Loyalität, wie sie etwa aus dem allgemeinen Gelöbnis der Beamten nicht herausgelesen werden kann.

Es steht fest, dass der Beam-

te gegenüber der Republik, ihrem Volk und ihren Repräsentanten zur Loyalität verpflichtet ist, den Weisungen seiner Vorgesetzten zu folgen und die Gesetze zu beachten hat. Da in der Demokratie ja mit den einzelnen Wahlen auch die Repräsentanten und die von ihnen vertretenen politischen Ziele und Vorstellungen wechseln bzw. wechseln können, gibt es also eine über die jeweils aktuelle Regierung hinausgehende Loyalität dem Staat gegenüber. Damit kommt auch die parteipolitische Orientierung ins Spiel, die der einzelne Beamte zugestandenemmaßen für sich persönlich verfolgen darf, da ihm ja diese politische Betätigung verbrieft ist.

**A**ber kann der Beamte und damit auch der Offizier in seiner Dienstausbübung stets den gebotenen Abstand von seiner politischen Individualauffassung wahren, oder ergeben sich nicht doch manchmal Konflikte zwischen der Loyalität gegenüber dem Staat und der Gefolgschaft einer Partei oder politischen Auffassung? Auch der



BILD: HBF

In Fortsetzung Jahrhunderte alter Traditionen werden die Klingen gekreuzt. Die erste Scharte im Säbel sollte von einem Kameraden stammen ... Das Treu bis in den Tod gilt auch Ihnen ...

Staat hat im Gegenzug zur Loyalität seiner „Diener“ entsprechende Verpflichtungen gegenüber seinen Beamten, Bediensteten, Staatsangestellten, eben den sogenannten Staatsdienern. Dies lag zumindest bisher in einer ausreichenden materiellen Sicherstellung, in der Gewährleistung einer Unabhängigkeit durch gesicherten Lebensverdienst und Ruhegenuss und in einer gewissen Fürsorge für Hinterbliebene. Allgemein sichtbarer Ausdruck dieser Wahrnehmung war bis vor wenigen Jahren die Pragmatisierung und auch bei den davon Nichterfassten durch die Gewährleistung einer weitgehenden Unkündbarkeit.

**W**enn aber der Staat durch eine klare Absage an die Pragmatisierung und die Anpassung der Rahmenbedingungen für Bedienstete des Staates in Form eines durch den Dienstgeber - also den Staat - kündbaren Vertrages seiner Verpflichtung gegenüber dem bisherigen Staatsdiener nicht mehr im früheren Sinne nachkommen und auch für seine Dienstnehmer Verhältnisse wie in der freien Wirtschaft einführen will, dann verändert sich auch die Grundlage der zu fordernden Loyalität. Noch ist nicht ersichtlich, in welcher Form und für welche Berufsgruppen innerhalb der Staatsdiener man doch eine engere Bindung beibehalten und ein gegenseitiges Loyalitätsverhältnis begründen wird oder will? Aber man kann dennoch bislang feststellen, dass die im Jahre 2006 angedachten Maßnahmen nur den Abschluss einer fast zwei Jahrzehnte andauernden Bestrebung darstellen, den loyalen und gegenüber der Politik unabhängigen, nur dem Staate verpflichteten Beamten sozusagen in politische Abhängigkeiten zu bringen, sein parteipolitisches Wohlverhalten zu erzielen, ja zu erzwingen, und letztlich damit den parteipolitischen Zugriff zu verstärken. Ausschreibungsgesetz, zeitlich befristete Bestellung von Leitungsfunktionen, Wieder-

bestellungsverfahren, Reduzierung der Pragmatisierung u.ä. waren die einzelnen Schritte auf diesem Wege, und es erstaunt bei distanzierter Betrachtung, mit welcher Gelassenheit die Beamtenschaft und deren Vertretungen diesen fortschreitenden Prozeß der Aushöhlung und des Wandels hingenommen haben.

Die Konsequenzen aus einer derartigen Entwicklung liegen auf der Hand und führen letztendlich möglicherweise sogar zu einem System der „politischen“ Mitarbeiter, die dann eben, wie es in den USA bei jedem Übergang von einem Präsidenten zum nächsten eben in den wichtigen Funktionen ja routinemäßig erfolgt, nach Bedarf und politischem Wohlwollen ausgewechselt werden. Versuche in dieser Richtung hat es ja gegeben, man erinnere sich nur an die Turbulenzen, die sich im Zusammenhang mit dem Amtsantritt des Bundesministers Platter im Februar 2003 ergeben haben. Damit gibt es eben kein Berufsbeamtentum, zumindest in den oberen Positionen. Zwar kann eine derartig radikale Veränderung für das Bundesheer und seine Offiziere auf Grund der Besonderheiten der militärischen Ausbildung und der erforderlichen Erfahrung ausgeschlossen werden, aber das Damoklesschwert der Wiederbestellung in einer leitenden Funktion nach Ablauf von fünf Jahren kann bei jüngeren Funktionsträgern zweifellos Abhängigkeiten und Rücksichtnahmen bewirken oder gar erzwingen, die einem älteren und bald in den Ruhestand übertretenden Verantwortungsträger eben erspart bleiben.

Auch bei den Beamten wird, wie jüngste Meldungen in der Presse über den Konflikt zwischen einem Sektionschef, der sich in Angelegenheiten der Aussage in einem Untersuchungsausschuss an dessen Vorsitzenden gewandt hatte, und einem Minister, der die Aussagen seiner Beamtenschaft durch Koordinie-

rung zu harmonisieren versucht haben dürfte, eine Grauzone der Loyalität ersichtlich. Dem Minister gegenüber ist der Beamte kraft Gelöbnis zur Befolgung aller Weisungen verpflichtet. Aber steht nicht die Republik, vertreten durch die vom Volke gewählten Abgeordneten, die ja im Sinne des Volkes das Recht in Form der Gesetze setzen, an höherer Stelle? Wird nicht der Republik die Loyalität geschuldet? Wie sich zeigt, kann es zu einem Interessenskonflikt kommen, überhaupt dann, wenn etwa besondere Befindlichkeiten eines Ministers vorliegen. Ist es überhaupt von Seite der Öffentlichkeit vertretbar, von einem Beamten die so häufig angesprochene Zivilcourage einzufordern, wenn andererseits die strikte Einhaltung der Befolgung von Weisungen der Vorgesetzten durchgesetzt wird und Verstöße oder nur vermeintliche Abweichungen mit Sanktionen wie Suspendierung usw. bedroht sind? Zwar ist bei einem Verstoß gegen strafgesetzliche Bestimmungen die Ablehnung der Weisung klar, aber wie und wann erkennt der Beamte die Abgrenzung, wenn sich in einem konkreten Fall selbst juristische Experten keineswegs zu einheitlicher Auffassung durchringen können oder gar eine parteipolitische Färbung der Interpretation der Rechtslage vermutet werden könnte?

**F**ür Offiziere in hohen und verantwortungsvollen Positionen - vor allem an den Schnittstellen zur Politik erhebt sich daher auch die Frage nach dem Tiefgang der Loyalität und nach den Grenzen derselben. Meist wird dies mit dem klaren Hinweis auf das Primat der Politik abgetan, das laut Clausewitz eben dem politischen Verantwortungsträger die letzten und grundsätzlichen Entscheidungen zuordnet. Aber Clausewitz selbst stellte dazu fest, dass die mit Fragen des Krieges und der Kriegführung verbundenen Fragen derart komplexer Natur seien und daher der militä-

rische Heerführer oder Oberbefehlshaber in diese Entscheidungsfindung unmittelbar einzubinden sei. Das umfasst also in der Minimalversion zumindest die eingehende Beratung, das Einbringen der Sachkenntnis und die Anhörung durch den Entscheidungsträger. Aber wird diese Beratung und das Einbringen der Sachkenntnis auch tatsächlich anerkannt?

In den zurückliegenden 50 Jahren der Bundesheergeschichte gibt es eine ganze Reihe von Beispielen, die belegen, wie die Politik sich gegen jede öffentliche Äußerung aus militärischer Sicht mit allem Nachdruck verwehrt und den Offizieren - aber auch Beamten - das Recht abgesprochen hat, sich hier „einzu-

mischen“. Muss denn ein demokratisch gewählter Repräsentant derartige öffentliche Äußerungen so sehr fürchten, selbst wenn sie auch kritischen Inhaltes sein sollten? Hier tritt doch eher Sorge für eine bestimmte, allenfalls auch nachteilige Entwicklung zutage, und es wäre doch in demokratiepolitischem Sinne eher wünschenswert, die Öffentlichkeit zu informieren und damit einen Diskussionsprozess zu fördern, an dessen Ende dann ja ohnedies die Entscheidung auf der politischen Bühne erfolgen wird und muss. Wer die letzten 18 Monate hindurch eine offene und medial geführte Diskussion über die Ergebnisse der „Zilk-Kommission“ und die Ableitungen zur „Transformation“ des Bundesheeres erwartet

hatte, wurde sicherlich enttäuscht. Keine kritischen Stimmen, keine der sonst bei Reformschritten so zahlreichen Leserbriefe, usw.? Nichts ist nach außen an die Öffentlichkeit gedrungen. Nun mag dies einfach durch die Tatsache bewirkt sein, dass alles zum Besten geregelt wurde und beim interessierten Betrachter vor Staunen über diesen unüblichen Glücksfall jeglicher Ansatz zur kritischen Äußerung verstummt sei. Aber da sich dann von externer Seite doch einzelne Hinweise auf ungeklärte Fragen gefunden haben, mag die Ursache dieser Sprachlosigkeit doch in anderen Gegebenheiten zu vermuten sein.

Hier wird ein sensibler Bereich angesprochen, der durch die As-



FOTO: HBF

Wo bleiben die zornigen Leutnante?

pekte der Wahrnehmung von Loyalität und deren Grenzen Bezüge zur Geschichte der letzten 70 Jahre aufweist, die in der Republik Österreich bis heute nicht wirklich aufgearbeitet wurden. Er beinhaltet das Problem, unter welchen Umständen Kritik, Widerstand und letztlich Ablehnung oder Auflehnung gerechtfertigt erscheinen und in der Demokratie toleriert werden müssen oder sollen. Der Hinweis auf die Verbrechen Hitlerdeutschlands und die Kriegsverbrechen eines Teiles seiner Institutionen mag zwar vordergründig ausreichend erscheinen, um das erforderliche Umfeld zu verdeutlichen, ist aber in Wahrheit für die Gegenwart und Zukunft nur bedingt als Richtlinie anwendbar, sind doch inzwischen derartige Extreme nur mehr selten und des globalen Abscheus sicher geworden, auch wenn die Reaktionen auf solche Ansätze in der Gegenwart sehr unterschiedlich ausfallen.

## An den Schnittstellen zur Politik

Heutzutage zeigen sich die Probleme subtiler, verbleiben in anderen Dimensionen und zeigen anderen Charakter, aber es wäre vermessen, davon auszugehen, dass derartige Fragen und Probleme nicht auftreten könnten. Gerade durch die Beteiligung bei multinationalen Operationen oder Friedensmissionen, wobei es für die Sache gleichgültig ist, ob diese als „Petersberger Missionen“ unter Führung der EU, unter der Fahne der NATO oder jener der Vereinten Nationen abgewickelt sind, werden derartige Herausforderungen immer wieder eintreten und es wird zur Gewissensfrage für die Verantwortlichen, durch welche Maßnahmen und in welcher Form und Intensität zu reagieren sein wird.

Man hat einige intellektuelle Probleme der Mitwirkung bei internationalen Einsätzen bisher durch

den Hinweis abgefangen, dass damit ja ein Beitrag zu „Österreichs Sicherheit eben auf dem Balkan oder in anderen Krisenregionen“ geleistet werde. Aber stimmt dies bei Betrachtung der aktuellen Beteiligungen des Bundesheeres auch tatsächlich? War Österreich etwa während der unruhigen Phasen der gewaltsamen Auseinandersetzungen in der Region des Kosovo mehr oder weniger gefährdet oder in seiner Sicherheit beeinträchtigt als es derzeit der Fall ist? Wenn aber die Beteiligung an multinationalen Einsätzen durch nationale Heereskontingente vorwiegend einem außenpolitischen oder wirtschaftspolitischen Zwecke dienen sollte, dann gibt es wohl klare Grenzen für den Grad des Risikos, den Einsatz des eigenen Lebens. Man kann hier wohl nur dem Einzelnen die Entscheidung überlassen, ob er sich dieser Gefahr aussetzen will oder nicht. Das tragische Beispiel des im Juli 2006 bei dem israelischen Angriff im Libanon getöteten österreichischen Offiziers im Einsatz für die UNO möge dazu als aktuelle Warnung angesehen werden, wobei darauf hingewiesen werden darf, dass es sich dabei ja keineswegs um den ersten Todesfall im Rahmen der Beteiligung an internationalen Operationen gehandelt hat. Aber diese Tatsache des Risikos spricht in aller Nachdrücklichkeit gegen die ja mehrfach überlegte und auch derzeit aktuell wieder beschworene Verpflichtung von längerdienendem Personal des Bundesheeres zum Auslandseinsatz. Wenn man diesem Grundsatz folgen will, dann muß man dem verpflichtungswilligen Längerdienenden noch vor der Unterschrift in aller Klarheit nahebringen, dass er diesem Risiko ausgesetzt sein kann.... und wohl auch wird. Und dies lässt sich nicht mehr mit der Treue zum Vaterland, der Verteidigung der Republik und dem Schutz der eigenen Bevölkerung begründen. Eine Loyalität im Sinne des persönlichen Opfers für den internationalen Frieden, die In-

teressen der wirtschaftlichen Sicherung von Ressourcen, der Vermeidung ethnischer Gewalttaten wird man wohl schwerlich einfordern können? In diesem Falle wird man wohl die Hoffnungen auf einen zahlreichen Ansturm von Freiwilligen zurückschrauben müssen und rückt damit wieder, auch wenn das nur ungewollt der Fall sein und wohl auch kaum zugegeben wird, in die Nähe des Söldnertums. Oder man verzichtet auf Einsätze mit Risiko, stellt damit aber das gesamte Konzept in Frage und reduziert seinen eigenen außenpolitischen Handlungsspielraum?

## Verständnis Konflikte

Der Ausweg aus diesem angesprochenen Dilemma zeichnet sich ja aktuell bereits durch die zivilen Sicherheitsfirmen und deren Kräfte ab, auf die noch einzugehen sein wird. Das an sich auf staatliche Kontrolle ausgerichtete Gewaltmonopol wird dabei auf recht vordergründige und von der ansonsten angeblich so sensiblen Gesellschaft kaum beachtete Weise an private Gruppen mit paramilitärischem Charakter abgegeben, und in geradezu klassischer Art nach Pilatus waschen damit die demokratisch gewählten Vertreter und Regierungen bei Ausschreitungen oder sonstigen Entgleisungen aller Art ihre Hände eben in Unschuld.

Doch zurück zum Primat der Politik. Wer diese Maxime absolut betont, wie es etwa Bundeskanzler Kreisky getan hat, wird auf der anderen Seite kaum ein Interesse daran entwickeln, den Widerstand gegen ein unzumutbares Regime und die Zivilcourage als Ausdruck dieses Widerstandes hervorzuheben und als Vorbild für das Verhalten unter extremen Rahmenbedingungen herauszustellen. Daher verwundert es nicht, dass gerade unter Bundeskanzler Kreisky keine

besondere Würdigung der Männer des 20. Juli 1944 und des Widerstandes erfolgte. Ob es sich dabei um eine bewusste oder einfach unbewusste Vernachlässigung gehandelt hat, wird heute nicht mehr festzustellen sein, aber trotz aller Bemühungen verschiedener Autoren und Gruppierungen hat sich erst einige Jahre nach Kreiskys Abgang von der politischen Bühne eine verstärkte Orientierung auf diese Männer und Frauen im Widerstand ergeben.

## Das Dilemma von heute

Diese ambivalente Haltung zeigte sich über lange Zeiträume nicht nur im Bundesheer und in den eher oberflächlichen Auseinandersetzungen seiner Offiziere mit dem angeführten Thema, sondern auch in manchen Reaktionen der Gesellschaft auf provokante Entwicklungen. So sei an den Freispruch der in Österreich auf Grund der Terroraktionen in Südtirol angeklagten Personen in den frühen 60er Jahren des letzten Jahrhunderts erinnert und an jene „Jetzt erst recht“-Haltung großer Teile der Bevölkerung bei der Wahl des Bundespräsidenten im Jahre 1986, als die Causa Waldheim erheblichen Staub aufgewirbelt hatte und - unabhängig von der Person Waldheims und den damals zu Recht oder zu Unrecht erhobenen Vorwürfen ob dessen Tätigkeit als junger Ordonnanzoffizier im Stab der Heeresgruppe E - eher den Anlass hätte bieten können, sich mit diesem Komplex intensiv und im Sinne einer Bewältigung auseinanderzusetzen.

Aus dieser angesprochenen Diskrepanz entwickelten sich letztlich erhebliche Loyalitätsprobleme zwischen der Politik und einem Teil der höheren Offiziere, die sich im allgemeinen nur sehr subtil und oftmals im Verborgenen manifestieren konnten, aber dennoch vorhanden waren und ihre

Wirksamkeit manchmal bis in die Gegenwart bewahrt haben. Dazu kam die im Bundesheer ja mit Nachdruck gepflogene Legendenbildung und auch ein schwelender Generationen- und Verständniskonflikt. Sahen sich doch die einen- und das war wohl die große Masse - nach wie vor als Angehörige einer von den „Roten“ als Arbeitermörder abgelehnten Institution, der vorgeblich historisches Unrecht geschah, da im Jahre 1934 ja „nur“ die Weisungen der Bundesregierung befolgt worden waren, während die anderen - meist als eher kleinere Minderheiten - oftmals mit Enthusiasmus versuchten diese Kluft zu überbrücken und das

demokratische Bundesheer als die Verteidigungsorganisation aller Bürger dieses Landes darzustellen und einen Brückenschlag zu schaffen. Mit symbolträchtigen Maßnahmen versuchte Bundeskanzler Kreisky, doch eine gewisse Nähe der Sozialdemokratie zum Bundesheer zu verdeutlichen. Aber weder seine dreimonatige Ressortführung, noch der Besuch bei einem Panzerbataillon in Zwölfaxing oder eine Angelobung

im Karl-Marx-Hof waren tatsächlich in der Lage, gewisse Vorbehalte auf der einen Seite abzubauen und auf der anderen Seite die Klagen über die Vernachlässigung durch die Politik zum Verstummen zu bringen. Dr. Kreisky sah sich im Gegenteil durch seine Erfahrungen und Begeg-



Ein Mitglied der  UniCredit Group

**Bank Austria Creditanstalt**

Die Bank zum Erfolg.

**Machen Sie mehr aus Ihrem Leben.**  
Die *Erfolgs*Finanzierungen mit bis zu 700,- Euro  
WünscheFörderung. Mehr unter 05 05 05-24  
oder [finanzierung.ba-ca.com](http://finanzierung.ba-ca.com)

nungen in seiner Ansicht bestärkt, die „höheren Offiziere des Bundesheeres würden zu den ewig Gestrigen gehören und wären über die Gedankenwelt des Zweiten Weltkrieges nicht hinausgekommen“ und letztlich schlug auch Armeekommandant General Spannocchi im Jahre 1973 in einem ÖMZ-Beitrag in diese Kerbe, forderte ein radikales Umdenken und ein nachdrückliches Lösen von der Vorstellungswelt der Jahre 1944 und 1945. Es gelang in Sachen Bun-

desheer in 50 Jahren nicht wirklich die Kluft zwischen Politik und Militär zu überbrücken.

Aber, auch das muss angeführt werden, diese Situation ist nicht nur der Politik anzulasten. Hier hat sich ein wechselseitiges Missverständnis entwickelt. Und das führt wieder zur Frage der Loyalität und der damit verbundenen Gefolgschaft im Sinne des Gelöbnisses.

**D**er erste Generaltruppeninspektor des neuen Bundesheeres, General Erwin Fussenegger, war - wie Veröffentlichungen aus seinen Tagebüchern und Berichte von Zeitzeugen unterstreichen - von dem unerschütterlichen Bewusstsein bestimmt, dass sich ein März 1938 ohne Widerstand des Bundesheeres nie mehr ereignen dürfe. Daher waren für ihn im Bedarfsfall militärische Erfordernisse gegenüber politischen Vorgaben oder Einschränkungen vorrangig, auch wenn zu seinem immer wieder an die Verantwortlichen nachdrücklich herangetragenen Bedauern das „junge“ Bundesheer als alles andere als verteidigungsbereit bezeichnet werden konnte. Aber der General zögerte im Zuge der Ungarnkrise im Spätherbst 1956 trotz der klaren Vorgabe des Verteidigungsministers Graf hinsichtlich der Erhaltung der Donaubrücken nicht, geheime Anordnungen für die Vorbereitungen zur Zerstörung dieser Brücken westlich Wiens zu erteilen. Diese klar entgegen der politischen Richtlinien getroffenen Anordnungen wurden bis in die jüngste Gegenwart als besonders mutiges Verhalten des GTI und als Vorbild für besondere Zivilcourage gewürdigt. Unbeschadet etwaiger Fragen zur militärischen Sinnhaftigkeit derartiger Maßnahmen oder zu deren langfristigen Auswirkungen auf Bevölkerung und Wirtschaft steht fest, dass damit eine klare Weisung des politischen und militärischen Verantwortungsträgers zumindest verwässert wurde und die

nachträgliche Interpretation, es habe sich dabei um ein Beispiel besonderer militärischer Voraussicht gehandelt, ist nicht in der Lage, das vorliegende Loyalitätsproblem zu beschönigen oder zu verniedlichen. Da man wohl davon ausgehen kann, dass derartige Schritte den politischen Repräsentanten nicht verborgen geblieben sind, wird verständlich, worin sich u.a. eben das Misstrauen der Politik gegenüber den führenden Militärs schon in diesen frühen Jahren begründete.

**F**ür die politischen Spitzen der Republik stand schon bald nach 1955 jedoch sehr deutlich die Auffassung fest, das - ja ohnedies auch von der Generalität als zu schwach und hoffnungslos unterlegen bezeichnete - Bundesheer nicht zur Verteidigung dieses Landes einzusetzen! Bundeskanzler Raab betonte dies unumwunden im Jahre 1958 in einer Besprechung und sah mit einer symbolischen Schussabgabe im Falle einer Aggression die Aufgabe des Bundesheeres als erfüllt an. Auch Bundesminister Dr. Prader wies Mitte der 60er Jahre den „Verteidigungsfall“ nachdrücklich von sich und schloss entsprechende Planungen und Vorbereitungen durch Vermerk auf dem Entwurf einer militärstrategischen Weisung aus, auf der nach Überarbeitung dann die operativen Vorbereitungen der sogenannten „Farbenfälle“ begründeten. Prader betonte bereits in der zweiten Julihälfte 1968 im Vorlauf der CSSR-Krise - im Gegensatz zu den von General Fussenegger angeordneten operativen Planungen der Gruppenkommanden für diesen Fall - gegenüber Bgdr Freihsler seine Absicht, keinen Einsatz des Bundesheeres an der Grenze zuzulassen. Möglicherweise hatte der kriegsgediente Minister dank eigenständiger Einsicht (oder sachkundiger Beratung durch bis heute unbekanntere Persönlichkeiten) aber die militärische Problematik der Planungen des GTI für diesen Bedrohungsfall

und die unzureichende Stärke der verfügbaren „Sommerbrigaden“ erkannt und daraus die möglicherweise zutreffenden Konsequenzen für die Politik gezogen. Und es muss auf einen weiteren Umstand hingewiesen werden. Schon General Fussenegger hatte in seiner ersten Weisung „Urgestein“ die Grenzschutzeinheiten erst in einer dritten, späteren Phase als Ablöse der Einsatzbrigaden vorgesehen. Es darf daher nicht verwundern, wenn diese Einheiten im Anlassfall am 21. August 1968 also nicht berücksichtigt wurden. Das spätere Erstaunen über diesen unverständlichen Verzicht und das Abschieben der Verantwortung dafür in Richtung Politik muss daher zumindest aus heutiger Sicht ein wenig verwundern, hatten doch die Verantwortlichen der Kommanden diese Weisung des GTI schon ab dem 24. Juli 1968 in Händen und keinen Anlass gesehen, eine frühere Einbeziehung des Grenzschutzes zu fordern. Da die Herren Befehlshaber ja auch sonst nicht gerade durch Zurückhaltung bestimmt waren und ihren Unmut bei jeder Kleinigkeit zum Ausdruck gebracht hatten, darf also doch mit Recht ein gewisses Einverständnis mit den Planungen des GTI angenommen werden.

## Keine Verteidigung?

Auch Bundeskanzler Kreisky stand einem „Verteidigungsfall“ ablehnend gegenüber und sah in der von General Spannocchi vorgeschlagenen Entwicklung einer Abhaltestrategie das geeignete Instrument für eine ergänzend zur Außenpolitik sinnvolle Rolle des Bundesheeres im Rahmen der Neutralitätspolitik. Kreiskys Haltung verdeutlicht vielleicht am besten seine berühmte Äußerung, wonach „ihm die UNO-City in Wien zwei Panzerdivisionen“ ersetzen würde.

Die an sich stets findige Politik fand einen überaus wirksamen Ansatz zur Verhinderung der Nutzung des Instrumentes Bundesheer

zur Verteidigung: in der klaren Beschränkung der dem Bundesheer zur Verfügung gestellten Mittel. Damit war, ob nun von der Politik gezielt betrieben oder intuitiv eingebracht, eine etwaige Selbstherrlichkeit der Militärs oder ein Alleingang zu einem Verteidigungsfall weitgehend ausgeschlossen und damit verhindert, dass die Militärs - wie von einem Spitzenoffizier in der ersten Hälfte der 80er Jahre unverblümt im kleinen Kreis zum Ausdruck gebracht - im „Einsatzfall“ dann ohnedies alles anders machen würden, als es da geplant und angeordnet war. In diesen Missverständnissen lag - rückschauend betrachtet - geradezu eine tragische Situation für die Gründergeneration des Bundesheeres, aber auch einer der Gründe für die vorsichtige, ja abweisende Haltung der Politik in Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik und eine - im Gegensatz etwa zu Schweden, der Schweiz oder Finnland - große Unsicherheit hinsichtlich einer klaren Neutralitätspolitik als Instrument des militärisch neutralen Kleinstaates. Dieser Zustand wurde erst Mitte der 80er Jahre mit der zunehmenden Griffbarkeit der Abhaltestrategie und deren Einbindung in eine gesamtheitliche Neutralitätspolitik überwunden.

In den voran dargestellten Fällen geht es um Fragen des Gewissens und der Verantwortung, und die füh-



FOTO: PRIV

renden Militärs sind daher geradezu verpflichtet, bei entsprechenden, heiklen und folgenschweren militärischen und politischen Entscheidungen ihre Stimme auch auf die Gefahr persönlicher Nachteile zu erheben. Dies hätte sowohl beratend als auch mahnend zu erfolgen und in besonders schweren Fällen müsste das dann auch über die angesprochene „gehorsame“ Haltung und das obrigkeitstürchige Schweigen hinausgehen.

**L**oyalität als oberstes Gebot militärischer Unterordnung unter die Politik gleitet hier in den Grenzbereich, und dies wird ja je nach der Ebene des betroffenen Entscheidungsträgers unterschiedlich wahrgenommen. Es ist

ein Unterschied, ob ein Zugs- oder Kompaniekommandant vor derartigen Herausforderungen stehen, oder ein Divisions- oder Korpskommandant oder letztlich ein Streitkräftekommandant oder gar ein Sektionschef. Das Problem der Artikulierung militärischer Bedenken gegenüber dem politischen Entscheidungsträger und in der Folge in mahrender Weise auch gegenüber der Öffentlichkeit hat ein interessantes Phänomen hervorgebracht: Meist erheben in den Ruhe-

stand übergetretene Offiziere erst dann ihre mahrende Stimme, wenn sie sich nicht mehr in jenen Positionen befinden, von denen aus sie noch etwas hätten beitragen, einwenden oder ändern können. Das hat sich gerade im April 2006 besonders deutlich in Erinnerung ge-

manches möglich machen ...

... wie die entscheidenden Hundertstel. Talent und Disziplin, optimale Trainingsbedingungen und Betreuung sind Voraussetzungen für den Sprung an die Spitze. 2006 erhielt die Sportförderung von den Österreichischen Lotterien rund EUR 55 Millionen.

österreichische  
**LOTTERIEN**

rufen. Mehrere Generale der U.S. Streitkräfte, darunter auch einer der Befehlshaber im Feldzug zur Beseitigung Saddam Husseins im Irak, haben auf fehlende Voraussetzungen für diesen Krieg, schwerwiegende Versäumnisse in der Vorbereitung und Planung für die „Zeit danach“ und mangelhafte Bereitstellung von Mitteln hingewiesen - allerdings erst nach ihrem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst. Ein derartiges Heraustreten aus der Anonymität der Streitkräfteorganisation fördert

jedoch höchstens tagespolitischen Disput und allenfalls Historikern rückblickende Erhellung von Hintergründen usw. Den betroffenen Soldaten und auch dem amerikanischen Volk, das letztlich die Lasten dieses Krieges weitgehend zu tragen hatte und hat, ist mit einem solchen Verhalten wenig geholfen. Dieses mit Fingerzeigen verbundene Auftreten nach der Pensionierung mag man unter Profilierungssucht einstufen oder als Versuch werten, durch Betonung des „Man habe es ja ohnedies gewusst“ in der Geschichte einen besonderen Platz einzunehmen, und sei es nur in der Heeresgeschichte. Es steht aber wohl fest: ein Zeichen von Verantwortungsbewusstsein und Zivilcourage ist es nicht!

## Die warnende Stimme

Dem aufmerksamen Beobachter der Entwicklung werden auch derartige Ansätze im Umfeld und Nachhang zur von Dr. Zilk geleiteten Bundesheer-Reformkommission nicht entgangen sein, und es haben sich die gleichen Fragen nach dem „Warum nicht gleich“ für den distanzierenden Betrachter gestellt. Erst dem Bericht zuzustimmen und dann mit einigem zeitlichen Abstand die warnende Stimme zu erheben, darf vielleicht nicht gerade als vorbildliche Vorgangsweise angesehen werden, obwohl sich dafür möglicherweise gute Gründe finden lassen. Immerhin gab es zum Abschlussbericht der von Dr. Kreisky 1970 eingesetzten Bundesheer-Reformkommission ja auch einen Minderheitenbericht, der zwar letztlich nichts an der Entwicklung änderte, aber doch die Haltung eines bestimmten Repräsentanten dokumentierte.

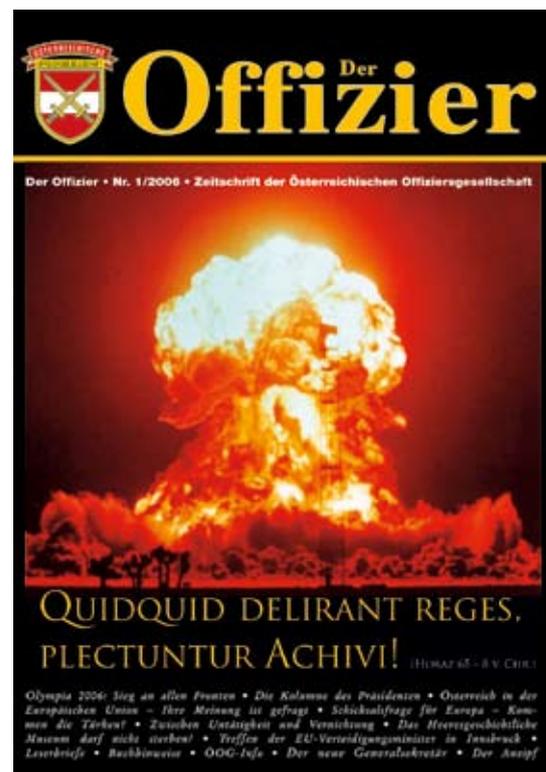
Man sollte sich eben den Konsequenzen zu stellen. Es hat in der Öffentlichkeit ein wenig erstaunt, dass im Frühjahr 2006 der Bundesminister für Landesverteidigung einen mit sicherheitspolitischer Be-

ratung betrauten zivilen Beamten seiner Funktion enthob, weil dieser in der Öffentlichkeit die Thematik „europäischer Atomwaffen“ angesprochen hatte. Aber warum sollte dies nicht andiskutiert werden? Auch wenn es nicht der politischen Auffassung des Ministers und seiner bestimmenden außen- oder sicherheitspolitischen Vorgabe entsprechen haben sollte, so hätte doch eine kurze Stellungnahme zur Klarstellung genügt, oder hat man die öffentliche Diskussion einer derartigen Frage gescheut? Noch dazu, wo in früheren Jahren dieser Beamte ja als Vordenker hervorgehoben und durch eine besondere Stellung nachhaltig unterstützt und „eingesetzt“ worden war?

Es zeigen sich bei diesen Auftritten und Aussagen die vielfältigen Verflechtungen und die Komplexität der Handhabung von Loyalität, Treueverhältnis und Gefolgschaft in Relation zur persönlichen Verantwortung im Sinne des dem Staat und seinem Volke geleisteten Gelöbnisses. Es geht aber auch um Überzeugung und Gewissen und das Eintreten für die als richtig erkannten Werte und Gegebenheiten. Aber auch um die Akzeptanz von Konsequenzen, die sich ja im allgemeinen in „friedlichen“ Zeiten und demokratischen Gesellschaften doch weit weniger schwerwiegend darstellen als in Zeiten des Krieges, des Notstandes und unter einer Diktatur.

## Wechselseitige Loyalität

Loyalität verstanden als Korpsgeist und Bemühen um Anerkennung einer einheitlichen Auffassung und Durchsetzung derselben durch gemeinschaftliche zielgerichtete Vertretung derselben – etwa im Sinne der immer wieder gegebenen Versammlung der Meinung der Spitzenfunktionäre der SPÖ in kritischen Tagesordnungspunk-



ten hinter jener des Parteivorsitzenden – wurden im Bundesheer zwar oft beschworen, vielfach als großartiges Zeichen der Ausrichtung auf gemeinsame Ziele und im Sinne einer corporate identity hervorgehoben, aber bei aller schwärmerischen Verklärung doch kaum jemals wirklich gelebt und in der Realität akzeptiert. Zu sehr haben hier Eigeninteressen, Karrierevorstellungen, politische Ausrichtung im Sinne parteipolitischer Vorgaben und persönliche Animositäten hinsichtlich des eigenen Stellenwertes und jenes des oder der Kontrahenten ihren Einfluss ausgeübt. Durch die damit verbundene Zersplitterung wurde es dann der Politik allgemein und den Parteien im Einzelfall leicht gemacht, sich die für ihre Zielvorstellungen jeweils günstigsten oder geeignet erscheinenden Aspekte herauszusuchen, diese – je nach Bedarf – nun positiv oder negativ gegenüber dem Bundesheer und seinem Offizierskorps verfolgen und durch geeignete, willfährige Repräsentanten durchsetzen zu lassen.

Natürlich ist es dann einfach, die loyalen Vertreter der jeweiligen

Linie in eine entsprechende Position zu bringen oder sie noch kostensparender mit zusätzlichen „Sternen“ zu belohnen. Das klingt an sich für Österreich nicht ungewöhnlich, wenn man die 2006 medial geführten öffentlichen Diskussionen um die Qualifikation von politisch bestellten Konzern- oder Firmenvorständen und Aufsichtsräten verfolgt hat, als deren überaus motivierenden Höhepunkt man die Aussage eines Funktionärs bewundern durfte, wonach „er ja kein Fachmann in dem von ihm wahrgenommenen Bereich sei und daher auch die Konsequenzen einzelner spezifischer Maßnahmen nicht beurteilen könne“. Wo bleibt also bei derartig einfach mehr oder weniger hingeworfenen Zuständen die beschworene Loyalität gegenüber dem Staat und seiner Bevölkerung? Sie hat sich offenbar gewandelt.

Dieser Wandel hat eben seine Auswirkungen mit sich gebracht. Es gab und gibt eine sichtbare Tendenz zur „Aufweichung“ der Werthaltung, aber gleichzeitig zur Verschiebung nach den extremen Positionen und zu einer entsprechenden Polarisierung. Wenn „Vaterland“ keinen wirklichen Inhalt aufweist, wie soll dann für den Schutz dieses „Vaterlandes“ motiviert werden. Zu all diesen Werten wie Vaterlandsliebe, Kameradschaft, Ehre usw. gibt es eben ein Ja, verbunden mit einem „Aber“. Damit verlieren sie aber ihre eigentliche Bedeutung und Tragfähigkeit und müssten unter neuen Aspekten und geänderten Blickwinkeln eben durch neue oder angepasste Prinzipien und Vorstellungen ersetzt werden. Hier aber zeigen sich Defizite, Grauzonen und vielfältige Einflüsse, ja Einflüsterungen und selbst

eine christliche Grundhaltung und Wertvorstellung ist nur teilweise in der Lage, diese „schwarzen Löcher“ auszufüllen.

Dazu kommt der bereits angesprochene Übergang vom nationalen Bezug der Streitkräfte zum multinationalen Bezug. Als Ausweg aus der ufer- und ergebnislosen Diskussion über Neutralität und etwaigen NATO-Beitritt hat man ja in Österreich die verteidigungspolitische Ziele der Europäischen Union akzeptiert und in einem „Fernziel“ der Mitwirkung an einer „Europäischen Armee“ auch einen für alle akzeptablen und hinsichtlich der Gefahr einer Realisierung noch lange nicht aktuellen Konsens gefunden. Man darf sich aber heute schon Gedanken dazu machen, wie dann der Stellenwert von Loyalität und Gefolgschaft überhaupt sein werden

**Rail Cargo Austria**  
Ein Unternehmen der ÖBB



Wir kombinieren die Zuverlässigkeit der Bahn mit der Flexibilität des LKW, den interkontinentalen Möglichkeiten des Schiffs und dem Tempo des Flugzeugs – das macht in Summe ein perfektes Transport- und Logistiksystem, das Ihre Güter schnell, effizient und sicher an jeden Ort der Welt liefert. [www.railcargo.at](http://www.railcargo.at)

und worauf sie sich dann begründen können? Oder ergibt sich daraus geradezu von selbst früher oder später eine Rückkehr zu der eingangs behandelten Gefolgschaft und Loyalität gegenüber einem Heerführer oder Befehlshaber, der eben mit ausreichendem Sold und anderen Anreizen oberhalb und außerhalb des nationalen Bezuges um Soldaten und damit Gefolgschaft wirbt? Umso mehr werden aber in einer derart professionalisierten und entnationalisierten und gleichzeitig multinationalen Armee die Fragen des Gewissens, der Humanität und der Einhaltung verpflichtender Regeln des Menschenrechtes und des (Kriegs-) Völkerrechtes eine besondere Rolle spielen. Wenn schon einige Wochen in Afghanistan oder früher in Somalia genügen, um unschöne Seiten des Verhaltens von Soldaten aufbrechen zu lassen, wie wird man dies bei einer übernationalen Truppe in geordnete Bahnen lenken und das Abgleiten in exzessive Positionen verhindern können?

## „Krieg“ gegen Terror

Und deutliche Tendenzen zur Aufweichung dieser humanen Prinzipien und Rechtsvorstellungen lassen sich gerade im Verlauf des seit dem 11. September 2001 laufenden „Kampfes gegen den Terror“ und der seitdem gegebenen Entwicklungen im Nahen und Mittleren Osten erkennen. Das Lager von Guantanamo ist dafür eines der Beispiele, man spricht dem Gegner trotz ständiger Betonung der Wahrung der Menschenrechte usw. sozusagen aus eigener Vollkommenheit das Recht ab, im Status eines Kriegsgefangenen aber auch im Rechtsstatus eines Strafgefangenen behandelt zu werden. Man zeigt auch Ansätze, die fundamentalen Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit in Zweifel zu ziehen und deren ansatzweise Missachtung mit dem „Kampf gegen den neuen Feind“ zu begründen. Das ist zu einfach und leistet dem moralischen Chaos Vorschub. Wohin moralisches Chaos führen kann,

hat Adolf Hitler mit seinen Gefolgstreuen nur zu nachhaltig aufgezeigt. Man möge nach wie vor auch den kleinsten Ansätzen wehren!

Dies führt nochmals zu den angesprochenen Contractors, also den im allgemeinen gut bezahlten Mitarbeitern internationaler Sicherheitsfirmen, die auch in Krisengebieten als „private“ Organisation auch unter Einsatz von Gewalt bestimmte Schutz- und Sicherheitsleistungen erbringen. Teilweise arbeiten diese Strukturen mit Streitkräften zusammen, teilweise ersetzen sie diese, und teilweise arbeiten sie unabhängig von diesen „offiziellen“ Gewaltträgern. Ihre Zahl ist stark angestiegen, und diese Tätigkeit bietet für hohen Verdienst und die Befriedigung von Abenteuerlust ein breites Feld. Aber in dieser Grauzone privater Gewaltorganisationen steckt auch ein hohes Gefahrenpotential, nicht nur für Leib und Leben der Angestellten, die sich ja doch des Risikos bewusst sein und daher auch mit Verlusten



FOTO: HBF

rechnen müssten, sondern auch in rechtlicher, völkerrechtlicher, humanitärer und sozialer Hinsicht.

Fest steht nur eines: Durch derartige Organisationen entledigen sich Regierungen und Staaten auf billige Weise der Verantwortung, senken gegenüber ihrem Wahlvolk die Kosten und die Stärken der eigentlichen Streitkräfte und entziehen sich der Notwendigkeit, durch Kontrolle etwaigen Auswüchsen wie z.B. in Abu Ghraib vorzubeugen. Die Verlockung für gut ausgebildete Angehörige von Streitkräften oder Ex-Soldaten ist natürlich groß, sich durch die Tätigkeit als „Contractor“ ein vielfach höheres Einkommen zu sichern, als dies in staatlichem Dienste – manchmal sogar mit gleichem Risiko – zu erzielen wäre. Noch dazu, wo man ja als „Contractor“ den Status eines zivilen Angestellten aufweist und damit nicht den Einschränkungen oder Konsequenzen des Militärdienstes für eine fremde Nation unterworfen sein kann. Hier findet sich die Notwendigkeit zur Loyalität nur gegenüber dem Dienstgeber, und vielleicht entwickelt sich bei entsprechendem Boom derartiger Organisationen ja auch eine sektorale Vertretung, etwa in einer gewerkschaftlichen Struktur? Ob diese allerdings dann anstelle der Beamten des Außenamtes die Suche nach einem entführten Contractor im Irak oder sonst wo in der Welt übernehmen würde, bleibt aus heutiger Sicht ja noch offen... kann sich aber in Zukunft noch ergeben? Dies sollte Ausgangspunkt für Nachdenklichkeit sein, denn man hat diese Entwicklungen nicht wirklich im Griff und ist eigentlich wenig geneigt, darüber ernsthaft nachzudenken, wie man es zum Beispiel auch bezüglich der Folgen des Klimawandels ist.

Nun werden in Zukunft – bei erwartbarer Fortsetzung der Tendenz zur Beteiligung des Bundesheeres an internationalen Einsätzen – Bundesheerkontingente

in ihren Einsatzräumen auch mit den zivilen Contractors konfrontiert werden und Seite an Seite ähnliche Aufgaben erfüllen. Ist dies erstrebenswert? Ist die Betonung der Mitwirkung an internationalen Friedensmissionen tatsächlich sinnvoll, und vor allem: mit welchen Wertvorstellungen geht man in diese Einsätze? Für Wehrpflichtige sind pflichtgemäße Einsätze dieser Art ohnedies kein Thema, und da Österreich auch mit höchster Wahrscheinlichkeit nicht der NATO beitreten wird, ist der Einsatz einer österreichischen Brigade etwa im Osten der Türkei zur Verteidigung deren Territoriums realistischweise nicht erwartbar. Aber könnte nicht einmal die Europäische Union in die Verlegenheit geraten, ihre Rohstoffquellen und Transportwege hierfür militärisch schützen zu müssen? Oder hofft man in Österreich mit Gottergebenheit darauf, dass ohnedies nur die NATO eine solche Maßnahme setzen könnte und würde und man damit der Verpflichtung entschlüpfen könnte, sich daran beteiligen zu müssen? Für die Entsendung von einigen Stabsoffizieren würde es ja allemal immer reichen.



Viele Fragen erheben sich in diesem Zusammenhang, und man wird gut beraten sein, mit Blick auf die Zukunft diese Probleme zu durchdenken und Lösungen zu erarbeiten. Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht alleine oder Übergang auf ein Freiwilligenheer sind jeweils ohne weiterführende Analyse keine zukunftsweisende Entwicklung. Ein Gesamtpaket ist erforderlich, das auch Fragen der geistigen Haltung und der einzubringenden Wertvorstellungen beinhalten muss. Loyalität wird daher auch in Zukunft eine – möglicherweise sogar entscheidende – Rolle spielen, und die Klärung dieser Aspekte stellt eine weit größere Herausforderung dar, als es derzeit wohl den meisten Repräsentanten bewusst ist. ✂

## Presseaussendung der ÖOG aus Anlass des Ministerwechsels

### ÖOG zur Bestellung des neuen Verteidigungsministers und seine Aussagen im ZiB 2 vom 10.1.07

Die ÖOG begrüßt den neuen Verteidigungsminister und wünscht ihm alles Gute.

Die ÖOG stellt jedoch fest, dass zum ersten Mal in der Zweiten Republik ein ehemaliger Zivildienstler zum Verteidigungsminister bestellt wurde.

Das Vorrecht der Politik, Besetzungen nach Maßgabe politischer Notwendigkeiten vorzunehmen, steht außer Frage.

Der Verteidigungsminister der Republik Österreich hat jedoch die politische Verfügungsgewalt über die österreichischen

Streitkräfte und damit das Befehlsrecht.

Die ÖOG würde sich daher wünschen, wenn der neue Verteidigungsminister, der im Einzelfall Befehle zu erteilen hat, die über Leben und Tod entscheiden, klar stellt, wie er seine Amtsausübung versteht, unter dem Aspekt, dass er selbst einen Dienst mit der Waffe aus Gewissensgründen verweigert hat. Die österreichischen Offiziere erwarten am Beginn seiner Amtszeit eine klare Stellungnahme des Bundesministers für Landesverteidigung, der ja auf den Gehorsam seiner Offiziere bauen muss, damit Irritationen und Loyalitätsprobleme vermieden werden können.

Präsident der Österreichischen Offiziergesellschaft  
Prof. Adolf Eber, Brigadier

## Aus dem Regierung für die XXIII. Gesetz

### Äußere Sicherheit und Landesverteidigung

Wir leben in einem stabilisierten Europa, das keiner konventionellen Bedrohung ausgesetzt ist. Dies ist ein solides Fundament für eine friedliche Weiterentwicklung unseres Kontinents.

Die Bundesregierung setzt sich für eine umfassende Friedenspolitik ein. Auf der Grundlage seiner verfassungsrechtlich bestimmten immerwährenden Neutralität wird Österreich weiterhin ein verlässlicher und solidarischer Partner in der Welt sein und sich aktiv an der weiteren Entwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik beteiligen.

Österreich ist als Ort der Begegnung und des Dialogs international geschätzt und hat dies auch während der EU-Präsidentschaft 2006 bewiesen. Zahlreiche internationale Organisationen wie die UNO, die OSZE und die Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) haben ihren

**ACHTUNG: Adressänderungen!**

**Bitte geben Sie die ÄNDERUNGEN Ihrer LANDESORGANISATION und NICHT der Redaktion bekannt!**

## Programme der Österreichischen Bundesregierung Zugehörungsperiode

Sitz in Österreich. Die Bundesregierung will Österreich und insbesondere Wien als Amtssitz wichtiger Organisationen stärken.

Die Erfüllung der Solidaritätsleistungen im Rahmen der EU sind Bestandteil der österreichischen Friedenspolitik. Österreich wird sich daher aktiv an der Weiterentwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) beteiligen. Ein Schwerpunkt dabei ist die Erreichung des bestehenden EU-Planungsziels ("Headline Goal 2010") unter besonderer Berücksichtigung der Sicherstellung der raschen Reaktionsfähigkeit der EU.

Zugleich sind die EU-Instrumente für das zivile Krisenmanagement unter besonderer Berücksichtigung der EU-Planungsziele für 2008 auszubauen. In diesem Zusammenhang wird die Bundesregierung dafür sorgen, dass die notwendigen organisatorischen, rechtlichen und budgetären Vorkehrungen getroffen werden, um eine rasche Entsendung von österreichischen Experten und Expertinnen aus dem Polizei- und Justizwesen, der Zivilverwaltung sowie aus relevanten Nichtregierungsorganisationen zu Einsätzen des zivilen Krisenmanagements sicherzustellen.

Entsendungen sollen – unabhängig ob sie militärische oder zivile Kräfte betreffen – entsprechend den Vorschlägen des Rechnungshofes optimiert werden.

Die EU kann durch ihre gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

sehr wesentlich zur Stabilität und Sicherheit in Krisenregionen beitragen. Kriege oder Konflikte rauben den Menschen ihre Zukunftsperspektiven, erhöhter Auswanderungsdruck löst Flüchtlingsströme aus und verstärkt die Aktivitäten krimineller Organisationen.

Deshalb ist es wichtig, dass die EU – und in deren Rahmen auch Österreich – aktiv zur Sicherung des Friedens und der internationalen Stabilität beiträgt, wie dies in unterschiedlicher Form und mit verschiedenen Instrumenten vor allem auf dem Balkan, aber auch im Nahen Osten und Afrika bereits geschieht. Zur Stabilisierung internationaler Krisenherde wird auch in Zukunft militärische Präsenz notwendig sein.

Das Österreichische Bundesheer leistet mit seinen Friedenseinsätzen, aber auch bei der Bewältigung von Naturkatastrophen im In- und Ausland, besonders wertvolle Arbeit.

Österreich hat sich bisher im internationalen Vergleich überdurchschnittlich an Ungeführten Friedensmissionen beteiligt und wird diese Tradition fortsetzen. In enger Zusammenarbeit mit den anderen neutralen und bündnisfreien Teilnehmerstaaten der Partnerschaft für den Frieden (PfP) wird sich Österreich überdies auch weiterhin aktiv an PfP-Aktivitäten beteiligen.

Die Bundesregierung garantiert die Handlungsfähigkeit des Österreichischen Bundesheeres. Notwendig ist ein Bundesheer, das seine Auf-

gaben im Bereich der militärischen Landesverteidigung und zum Schutz der Souveränität und Neutralität erfüllen kann. Das Bundesheer muss der Bevölkerung im Katastrophenfall wirkungsvoll zu Seite stehen und bestmöglichen Schutz der Bevölkerung vor atomaren, biologischen oder chemischen Bedrohungen ermöglichen. Das Bundesheer muss seine international geachteten Leistungen im Ausland für die Sicherung von Frieden und Stabilität weiter erbringen können.

Das Bundesheer braucht dazu ausreichend personelle Ressourcen, aber auch jene Organisation, Ausrüstung, Ausstattung und Ausbildung, die für moderne Armeen zur Bewältigung der Anforderungen des 21. Jahrhunderts bei optimalem Schutz der eingesetzten Soldaten und Soldatinnen notwendig sind. Die Miliz wird dabei weiterhin ein integraler Bestandteil der Einsatzorganisation des Bundesheeres sein.

*(Auszug ohne Gewähr; den vollständigen Text finden Sie jeweils unter [www.oelog.at/fact](http://www.oelog.at/fact))*

**Homepage der ÖOG:**

**[www.oelog.at](http://www.oelog.at)**

# „Androcheck<sup>R</sup> – Richtige Männer leben länger!“



„Vital und aktiv alt werden!“ Dieser Wunsch gewann in den letzten Jahren immer mehr Anhänger unter den Männern über 50 Jahre, die „ageing men“. Die Abnahme der geistigen und kognitiven Fähigkeiten, der körperlichen Kraft, die Veränderungen des Knochenskeletts (Osteoporose) und das Nachlassen des sexuellen Interesses (Libido-Verlust) werden heute nicht mehr als schicksalhaft und von Gott gewollt akzeptiert. Man(n) informiert sich in den Printmedien, im Fernsehen und im Internet über geeignete Gegenmaßnahmen, und Bücher mit einschlägigem Inhalt finden sich an der Spitze der Sachbuch-Verkaufscharts. Trotz dieser erfreulichen Entwicklung ist die Zahl der an ihrer Gesundheit interessierten und informierten Männer geringer als die der Frauen, bei denen durch die zahlreichen Aufklärungskampagnen der letzten Jahrzehnte der Vorsorgegedanke deutlich ausgeprägter ist. Die Verbreitung des Vorsorgegedankens und damit der Gesundenuntersuchung haben ebenso wie die medizinische Entwicklung zu einer Anhebung des durchschnittlichen Sterbealters geführt, wobei der Abstand von ca. 6 Jahren zwischen Frau und Mann gleich geblieben ist. Untersuchungen wie der Wiener Männergesundheitsbericht deckten einige „Schwachstellen“ in der Gesundheit des „starken“ Geschlechts auf: Diabetes mellitus, Störungen des Stoffwechsels (Hyperlipidämie), Gicht und Erkrankungen der Herzkranzgefäße hervorgerufen durch falsche Ernährung, zuviel Alkohol- und Nikotinkonsum, zuwenig Bewegung, Abnahme der Sexualhormone mit zunehmendem Alter, aber auch zu geringes Interesse am eigenen Körper, an der eigenen Gesundheit und ihrer Erhaltung durch seit Generationen antrainierter „männlicher“ Verhaltensmuster, sowie beruflichem und sozialem Streß und Erfolgswang. Diese Daten und die Bevölkerungsentwicklung in den nächsten Jahrzehnten (2020 leben 690 Millionen Menschen älter als 65 Jahre) waren die Gründe, die zur Entwicklung der Initiative Androcheck<sup>R</sup> – Richtige Männer leben länger – des Berufsverbandes Österreichischer Urologen (bvU) führten.

Dieses Programm der Österreichischen Urologen zur Sicherung der Gesundheit und Lebensqualität des Mannes über 45 Jahre wird vom niedergelassenen Urologen/Andrologen in der Praxis angeboten und umfasst neben Maßnahmen zur Früherkennung und damit rechtzeitigen Therapie des Prostatakarzinoms auch die Erfassung, Behandlung und Beratung von Männern mit Hormonmangelsymptomen (Partielles Androgendefizit des alternden Mannes = PADAM) und/oder mit Störungen der sexuellen Funktion (Erektile Dysfunktion = ED).

Aufgrund seiner Facharztausbildung ist der Urologe und Androloge prädestiniert für die Funktion des Männergesundheitsmanagers, ist er der Männerarzt, vergleichbar mit dem FA für Gynäkologie, dem Frauenarzt. Der Facharzt für Urologie und Andrologie erkennt und therapiert nicht nur die gutartige Vergrößerung der Prostata mit ihren Auswirkungen auf die Blasenentleerung, sondern ist auch der Spezialist bei der Prostatakarzinomfrüherkennung. Zu seinem Aufgabengebiet zählt auch die Beratung und Behandlung von Männern, deren Hormonproduktion und -funktion, speziell die der Sexualhormone, nachgelassen hat („Wechselbeschwerden“, Libido-Verlust, Nachlassen der Vitalität). Das Behandlungsspektrum reicht von der Beratung bei der Lebensführung („life style“) und der Vorbeugung und Vermeidung von Hormonmängeln durch richtige und ausgewogene Ernährung, Schlaf, Stressabbau und Sport bis hin zum Hormonersatz bei krassem und durch Blutbestimmung nachgewiesenem Hormonmangel. Bei erektiler Dysfunktion („Impotenz“) stehen dem Urologen und Andrologen zahlreiche moderne Medikamente zur Verfügung, um dieses Problem für den Patienten und seine Partnerin erfolgreich zu beheben. Er koordiniert daher als Männergesundheitsmanager alle Maßnahmen zur Gesunderhaltung des Mannes mit dem Hausarzt und ist in die Behebung von urologischen Folgen internistischer (bei Herz-, Kreislauferkrankungen), endokrinologischer (Diabetes), neurologischer (M. Parkin-

son, Alzheimer, Demenz) und orthopädischer (Osteoporose) Probleme des alternden Mannes eingebunden.

Androcheck<sup>R</sup> definiert die Algorithmen zur spezifischen urologischen Abklärung und macht damit den Urologen/Andrologen zum ersten Ansprechpartner für die spezifischen Gesundheitsprobleme des Mannes.

Die österreichische Offiziersgesellschaft sieht sich nicht nur als sicherheitspolitisches Gewissen Österreichs, sondern will auch Verantwortung in Fragen der Gesundheit der österreichischen Soldatinnen und Soldaten im Inland und beim Auslandseinsatz übernehmen. Erstes Indiz für dieses Engagement ist die Wahl eines Militärmediziners zu einem der drei Vizepräsidenten der ÖOG. Als Urologe und Androloge will dieser die Fragen der Männergesundheit in dieser von Männern geprägten Gemeinschaft wie dem ÖBH verstärkt artikulieren. Aus diesem Grund wurde im Vorstand der ÖOG die Kooperation mit dem bvU zur Organisation von Prostatakrebskampagnen begrüßt.

Die erste Veranstaltung wird am 05. Mai 2007 in Wien „Am Hof“ von 10.00 bis 14.00 Uhr durchgeführt. Neben dem Modell einer begehbaren Prostata, die veranschaulicht, was dieses meist unbekanntes Organ leistet, wird Beratung zum Thema Androcheck<sup>R</sup> von Urologen/Andrologen durchgeführt. Daneben besteht die Möglichkeit mit Betroffenen, Mitgliedern der Selbsthilfegruppe Prostatakrebs, zu sprechen. Auf einer kleinen Bühne wird Herbert Steinböck, Kabarettist und Betroffener (er wurde vor drei Jahren erfolgreich wegen des Prostatakrebses operiert) Auszüge aus seinem Programm „Bananensplitter“ bringen. In diesem Programm schildert Steinböck seine Erfahrungen nach der Operation.

Am 8. September 2007 wird diese Veranstaltung in Graz stattfinden.

MjrA Dr. Michael Eisenmenger  
Präsident Berufsverbandes Österreichischer Urologen  
Vizepräsident Österreichische Offiziersgesellschaft



# KREUZ RITTER

PILGER KRIEGER  
ABENTEUERER

SCHALLABURG  
31. MÄRZ – 4. NOVEMBER 2007

Montag bis Freitag: 9 bis 17 Uhr  
Samstag, Sonn- und Feiertag: 9 bis 18 Uhr  
(Kassaschluss 1 Stunde vorher)



T +43 2754-6317  
office@schallaburg.at | www.schallaburg.at



## Ausstellungsprojekt 2007 auf dem Renaissanceschloss Schallaburg

Die Ausstellung „Die Kreuzritter – Pilger. Krieger. Abenteurer.“ behandelt in verschiedenen Themenbereichen Leben, Kunst und Kultur zur Zeit der Kreuzritter.

Sie will sich dem Phänomen „Kreuzzüge und Kreuzritter“ widmen, geht aber von einem weit gespannten Zugang aus: Die geographische Breite des Phänomens, das sich von Spanien bis Palästina und vom Baltikum bis nach Tunesien ausstreckte, wird ebenso behandelt wie die zeitliche Dimension, die vom 11. bis ins 15. Jahrhundert reicht.

Beginnend im 11. Jahrhundert verdeutlicht der erste Ausstellungsabschnitt jene Situation in Europa und im Nahen Osten, die den Ursprung der Kreuzzüge begründete: Das Zeitalter war nicht nur von religiösen Ambitionen der Pilger und Bußwallfahrern geprägt, sondern auch von einem wirtschaftlich beseelten Expansionsgedanken der Europäer durchzogen.

## Die Ausstellung auf Schloss Schallaburg

Ein kulturgeschichtlicher Abriss berichtet von Zusammenleben, Konfrontation und Austausch zwischen den unterschiedlichen religiösen Bevölkerungsgruppen.

In den weiteren Ausstellungsabschnitten wird auf die drei wohl bekanntesten Persönlichkeiten der Kreuzzüge eingegangen: Papst Urban II, Richard Löwenherz und Sultan Saladin, wobei aufgrund des regionalen Konnex der Person Richard Löwenherz ein besonderer Stellenwert in der Ausstellung zukommt.

Darüber hinaus vermittelt die Ausstellung auch wesentliche Einblicke der Kreuzzüge und Kreuzfahrerstaaten außerhalb des Nahen Ostens, Palästinas und Syriens.

Die Ritterorden, ein bleibendes Erbe der Kreuzzüge, werden auf der Schallaburg ebenso thematisiert wie die zeitgenössische, politische Bedeutung des Begriffs „Moderne Kreuzzüge“.

Mit zahlreichen Exponaten aus dem Vorderen Orient sowie aus europäischen Museen, Bibliotheken und Sammlungen gibt die Ausstellung Anregungen, eröffnet Perspektiven und schafft somit neue Blickwinkel auf ein fast 1.000 Jahre altes und zugleich brandaktuelles Thema.

Das museumspädagogische Programm bereitet die Ausstellungsinhalte auf anschauliche und spannende Art auf und versteht es, auch Kinder von den hochinteressanten Themen zu begeistern.

## Die Ausgangssituation in Europa

Das damalige Europa war nicht nur von endemischer Gewalt und Gesetzlosigkeit der Feudalgesellschaft geprägt, sondern sah sich auch mit der innerstaatlichen Zerrissenheit durch starke Konflikte innerhalb der Adelsgesellschaft konfrontiert. Die starke demographische Expansion hatte weiters viele zweitgeborene Söhne hervorgebracht, die in der Heimat keinen angemessenen Platz hatten und bereit waren, zu sprichwörtlich neuen Ufern aufzubrechen.

Die abwesende königliche Gewalt wurde von christlichen Oberhäuptern als Chance gesehen, die schwelenden Konflikte der Kirche zunutze zu machen – Ziel war also nicht nur die Befreiung Jerusalems und des Heiligen Landes Palästina, sondern auch die Friedensstiftung in Europa.



# Always ready for Operation Now ready for the Czech Republic

GENERATION STEYR

Im Juni 2006 wurden die Verträge über die Beschaffung von Steyr PANDUR II 8x8 Radpanzern durch die tschechische Armee unterzeichnet. Die Lieferung umfasst 199 PANDUR II 8x8 Radpanzer (plus 35 optional) in 18 Varianten inklusive Amphibienfahrzeugen.

Nach Österreich, Belgien, Gabun, Kuwait, Slowenien, den Vereinigten Staaten von Amerika und Portugal im vergangenen Jahr, ist Tschechien nunmehr das nächste Land, das volles Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der PANDUR Radpanzer setzt.



**STEYR-DAIMLER-PUCH  
SPEZIALFAHRZEUG GMBH**  
A GENERAL DYNAMICS COMPANY



P.O.B. 100, A -1111 Vienna, Austria, Phone: +43-1-760 64  
Fax: +43-1-769 81 49, Homepage: [www.steyr-ssf.com](http://www.steyr-ssf.com)